

AV  
BIBLIOTHEK  
1956

LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIF.



# Die Kommunistische Internationale

927 / HEFT 19

BERLIN, DEN 10. MAI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Der Jahrestag des Generalstreiks in England / Kurt Fischer: Der Faschismus in Deutschland / O. Pjatnitzki: Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen / K. Malzew: Was lehren die Neuwahlen zu den Sowjets / Bücher- und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 19 10. MAI

## I N H A L T

	Seite
Der Jahrestag des Generalstreiks in England . . . . .	905
Bela Kun: Der Antisowjetblock der Donau-Balkanstaaten . . . . .	912
Fischer: Der Faschismus in Deutschland . . . . .	920
Pjatnitski: Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen . . . . .	928
Malzew: Was lehren die Neuwahlen zu den Sowjets? . . . . .	934
Günther: Zeitschriftenschau . . . . .	941
S. P.: Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammen- schlüsse im Deutschen Reiche Ende 1926 . . . . .	944

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55 547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## DER JAHRESTAG DES GENERALSTREIKS IN ENGLAND

Die Regierung Baldwin hat beschlossen, den ersten Jahrestag des englischen Generalstreiks durch ein drakonisches Gesetz zu kennzeichnen, dessen Zweck es ist, nicht nur den Generalstreik in jeder Form und Gestalt zu verbieten, sondern auch alle Rechte und Vorteile, die sich die Gewerkschaften in England im Laufe langer Jahrzehnte erringen konnten, zu beseitigen. Die gesamte Arbeiterklasse Englands schätzt diesen neuen Gesetzentwurf durchaus richtig als Provokation der Arbeiterbewegung ein. Selbst der gemäßigte Sidney Webb, der sich lange Jahre hindurch nur damit beschäftigte, die Segnungen des industriellen Friedens zu preisen, sieht sich gezwungen, die Schöpfung Baldwins mit dem Pittschen Gesetz von 1799 gegen die Arbeiterverbände zu vergleichen. Man muß jedoch feststellen, daß alle Aktionen der Arbeiterführer die englischen „Dickköpfe“ in ihrem festen Entschluß, sich der Mehrheit zu bedienen, um der Arbeiterbewegung einen entscheidenden Schlag zu versetzen, wenig beunruhigen und irritieren.

Das neue Gesetz ist seinem Wesen nach der Ausdruck einer neuen Einstellung der herrschenden Klassen Englands, die den Versuch machen, durch eine Verbindung der blutigen Kriegsabenteuer mit einem grausamen Druck auf die Lebenshaltung der Arbeitermassen den sich entwickelnden Fäulnisprozeß des englischen Kapitalismus aufzuhalten. Die englischen Dickköpfe wenden sich im Grunde genommen den Methoden der Epoche der ursprünglichen Akkumulation zu, in der Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, wenn auch nicht dem englischen Kapitalismus seine Monopolstellung wiederzugeben, so doch ihn vor weiterem Verfall zu bewahren.

Das neue Gesetz ist gleichermaßen verknüpft mit der blutigen Intervention in China, wie mit dem Feldzug der Kapitalisten gegen den Arbeitslohn und die Arbeitszeit der englischen Proletarier in allen Industriezweigen. Das Schwergewicht des Gesetzes liegt in seinem ersten Punkt. Die Regierung wünscht ein für allemal nicht nur jede Möglichkeit eines Generalstreiks im wahren Sinne dieses Wortes, sondern auch die Möglichkeit von Solidaritätsstreiks zu unterbinden, die ein altes erprobtes Kampfmittel in den täglichen Wirtschaftskonflikten bilden. Die übrigen Punkte des Gesetzes stellen im Grunde genommen nur eine Ergänzung des ersten Punktes dar, dessen Aufgabe darin besteht, dem englischen Imperialismus für jegliche Kriegsabenteuer die Hände frei zu machen und dem englischen Kapitalismus die Möglichkeit zu sichern, ohne besondere Opfer und ohne besondere Anstrengungen die getrennt marschierenden Kolonnen der englischen Gewerkschaftsbewegung zu schlagen. Die Führer der englischen Arbeiterbewegung versuchen den Arbeitermassen einzureden, daß sie ernsthaft beabsichtigen, sich diesem Gesetze zu widersetzen und seine Verabschiedung zu verhindern. Sie geben sich den Anschein, daß sie fest entschlossen seien, alle Kräfte der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um entweder die Verabschiedung des neuen Gesetzes zu verhindern, oder, nachdem es angenommen ist, seine unverzügliche Zurücknahme zu erreichen. Auf allen Kongressen, in allen Konferenzen,

in allen Arbeiterversammlungen bemühen sich die Reformisten der verschiedenen Färbungen und Schattierungen, einander an schroffen Ausfällen gegen das neue Gesetz und dessen Urheber zu überbieten.

Es würde jedoch ein Irrtum sein, zu glauben, daß sich die reformistischen Führer der englischen Arbeiterbewegung ernsthaft um den Kampf gegen das neue Gesetz bemühen. Wenn es wahr ist, daß die Seele des neuen Gesetzes jener Teil desselben ist, der gegen den Generalstreik gerichtet ist, so haben wir allen Grund, zu behaupten, daß dieser wichtigste Teil des neuen Gesetzes nicht nur eine Schöpfung Baldwins und der konservativen „Dickköpfe“ allein darstellt, sondern das Resultat jener gemeinsamen Kampagne gegen den Generalstreik, die von der Einheitsfront der herrschenden Klassen und jener Führer der Arbeiterbewegung geleitet wurde, die jetzt behaupten, daß sie mit allen Mitteln das neue Gesetz bekämpfen.

Auf Grund der Analyse aller anlässlich des neuen Gesetzes gehaltenen Reden und gefaßten Resolutionen bemerken wir in erster Linie, daß die reformistischen Führer der englischen Arbeiterbewegung — die rechten wie die linken in gleichem Maße — das Problem des Generalstreiks mit hartnäckigem Schweigen übergehen, obwohl der Punkt über den Generalstreik als erster in dem Gesetzentwurf figuriert und obwohl der Verfasser des Gesetzentwurfes gemäß einer Erläuterung Baldwins selbst vor allem die Beseitigung des Generalstreiks in jeder Form und Gestalt im Auge hat.

Womit ist dieses Schweigen zu erklären?

Um auf diese Frage zu antworten, ist es notwendig, sich die Geschichte des Generalstreiks zu vergegenwärtigen, gegen den der Gesetzentwurf gerichtet ist. Weder der Generalrat noch die Führer der Labour Party verheimlichen irgendwie die Tatsache, daß sie sich mit allen Kräften der Durchführung des Generalstreiks widersetzt haben. In den Tagen, die dem Beginn des Streiks vorausgingen ebenso wie in den großen Tagen, als der Streik sich mit erstaunlicher Schnelligkeit ausbreitete, taten diese Führer alles Erdenkliche, um zunächst den inneren Elan des Streiks zu hemmen und ihn dann voll und ganz zu verraten.

Vom Standpunkte der Geschichte dieses Generalstreiks ist es besonders wichtig, das Kräfteverhältnis der Klassen am 12. Mai 1926, d. h. an jenem Tage, als der Streik hinter dem Rücken der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterklasse verraten wurde, zu studieren. Die Verräter des Streiks behaupteten, daß die Bewegung sich auf absteigender Linie bewegt und daß ihr die ernsthafte Gefahr eines völligen Zerfalls gedroht habe. Nunmehr stehen uns alle Dokumente zur Verfügung, die sich auf diesen Tag beziehen. Das „Labour Research Department“ hat Antwort von Dutzenden von städtischen Gewerkschaftsräten und Aktionskomitees über den Gang und den Ausgang des Generalstreiks erhalten. Im Frageteil des „Labour Research Department“ ist der Tag des 12. Mai besonders vermerkt, und die erdrückende Mehrheit der lokalen Gewerkschaftsräte widmet diesem Tage eingehende und klare Besprechungen. Alle diese Antworten finden in den Worten eines städtischen Gewerkschaftsrates: „die Stimmung der Arbeiter und Arbeiterinnen konnte nicht besser sein“ — ihren besten Ausdruck.

Fast alle lokalen Gewerkschaftsräte betonen die Tatsache, daß die Bewegung sich bis zum 12. Mai in aufsteigender Linie entwickelt habe. Die ganze Schwierigkeit — so schreibt einer der städtischen Gewerkschaftsräte

— bestand darin, die Arbeiter, die gemäß der Instruktion weiter arbeiten mußten, von der Arbeitsniederlegung zurückzuhalten (Canterbury).

Ein anderer Korrespondent schreibt, daß es ungeheuer schwierig gewesen sei, die zweite Linie bei der Arbeit zu halten. Fast alle Korrespondenten bemerken, daß die Nachricht über den Abbruch des Streiks vollkommen unerwartet gekommen sei. „Alarm, Schrecken, Verzweiflung — eine siegreiche Armee wird entwaffnet und dem Feinde ausgeliefert“, — schreiben die Führer des lokalen Gewerkschaftsrats in Hull anlässlich des Streikabbruches. Und ein Mensch, der der Revolution so fernsteht wie Mister Brockwey, der sich am 12. Mai unter den Streikenden befunden hat, schrieb, daß es an diesem Tage schwierig gewesen sei, genau festzustellen, ob es sich um das Ende des Generalstreiks oder um den Beginn der Revolution handle.

Der Generalrat und die Gewerkschaftsbürokraten waren aber stark genug, den Streik abzubrechen. Das allein genügte ihnen indes nicht. Mit dem ersten Tage des Streikabbruches begannen sie eine wahnsinnige Kampagne gegen dieses „gefährliche Kampfmittel“. In den Tagen, die dem Generalstreik folgten, taten sich die Führer der großen und kleinen Verbände zusammen, um gegenüber den Unternehmern und der Regierung die laut vernehmliche Erklärung abzugeben, daß sie es bedauerten, die Heiligkeit des Vertrages verletzt zu haben. In den neuen Verträgen übernahmen sie die Verpflichtung, in Zukunft nicht mehr zum Generalstreik zu greifen; inzwischen begann denn auch eine leidenschaftliche Kampagne gegen den Generalstreik als eine riskante und gefährliche Kampfmethod, die angeblich vor allem die Interessen der Arbeiter treffe. Eine neue Losung wurde aufgestellt, kurz und deutlich: niemals wieder (never again). Diese Losung war gleichzeitig an die Arbeiter wie an die Unternehmer gerichtet. Die Reformisten versuchten die Unternehmer davon zu überzeugen, daß sie sich nie mehr auf ein solches „Abenteuer“ einlassen würden. Den Arbeitern aber hämmerten sie ein, daß man an andere Kampfmethoden denken müsse, vor allem an die Wahlurne.

Gegen den Generalstreik wandten sich nicht nur die sogenannten rechten Führer der englischen Arbeiterbewegung. Man darf nicht vergessen, daß acht Monate nach dem Verrat des Generalstreiks die Führer der großen und kleinen Verbände mit erdrückender Mehrheit die gesamte Tätigkeit des Generalrats sowohl während des Generalstreiks, wie auch während des Bergarbeiterstreiks gebilligt haben. Einige Tage nach jener Konferenz der Exekutive (20. Januar 1927), auf der die Tätigkeit des Generalrats gebilligt wurde, veröffentlichte die erzlinke Liga „Plebs“ eine „Arbeitergeschichte des großen Streiks“, die von drei ehemaligen Kommunisten — Postgate, Wilkinson und Horrabin — verfaßt wurde und deren Hauptzweck darin bestand, den Verrat des 12. Mai zu rechtfertigen. Wir bezweifeln nicht, daß es Baldwin im Laufe der Diskussion über den Gesetzentwurf gelingen wird, zu zeigen und zu beweisen, daß sein neuer Gesetzentwurf in seinem grundlegenden und wichtigsten Teile durch Gedanken und Rücksichten diktiert ist, die von allen jenen Arbeiterführern ausgesprochen worden sind, die jetzt dem neuen Gesetzentwurf entgegentreten.

Eine ganz komplizierte und eigenartige Maskerade kommt zustande. Die reformistischen Führer führen eine wütende Kampagne gegen den Generalstreik. Sie finden Hilfe und Unterstützung bei den sogenannten linken Führern. Und während nun Baldwin die Kundgebungen der Arbeiterführer

gegen den Generalstreik in Form eines Gesetzes formuliert, treten dieselben Arbeiterführer in einer Einheitsfront gegen dieses Gesetz auf. Man wird sagen, das Gesetz sei der Arbeiterbewegung unerwartet gekommen, weil es zugleich mit dem Punkte über den Generalstreik auch eine ganze Reihe anderer Bestimmungen enthalte, die die Arbeiter an Händen und Füßen binden. Eine solche Erklärung scheint unzureichend. Der erste Punkt des Gesetzes ist der grundlegende und entscheidende. Die Führer der englischen Arbeiterbewegung jedoch spielen vermöge jener tief widerspruchsvollen Stellung, in die sie durch den Entwicklungsgang des Klassenkampfes in England geraten sind, die Rolle eines Janus mit dem Doppelgesicht.

Trotz aller Deklarationen, Resolutionen und Beschwörungen lebt der Generalstreik im Bewußtsein der Arbeitermassen als machtvolles Kampfmittel. Die Arbeiter wissen, daß sie am 12. Mai die Niederlage, die in der Folge den Zusammenbruch der Bergarbeiter nach sich gezogen hat, nicht deshalb erlitten haben, weil der Generalstreik sich als wenig wirksames Mittel erwiesen hat, sondern weil dieses Mittel ihren Händen in der entscheidendsten Minute entwunden wurde, als es dem Feinde sichere und deutlich sichtbare Schläge zuzufügen begann. Die Arbeiter verspüren nicht den geringsten Wunsch, diesem Kampfmittel zu entsagen und es für immer dem Feinde auszuliefern. Die Erfahrung des Generalstreiks hat den Arbeitern nur gezeigt, daß es notwendig ist, eine ganze Reihe solcher vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, die eine vernünftige und sichere Ausnützung jener Kampfmittel gewährleisten, die die Macht der Arbeiterklasse in sich verkörpern. Als entfernter Widerhall der Erlebnisse und der Stimmung der Arbeiter im Zusammenhange mit dem Generalstreik erscheint der kürzlich von einem Arbeiterverband gefaßte Beschluß, daß die ständigen Gewerkschaftsbeamten nur den vierten Teil der Delegation eines Verbandes auf den Kongressen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung bilden dürfen.

Die reformistischen Führer der Arbeiterbewegung sind unabhängig von ihrem Willen und entgegen ihren eigenen Ansichten gezwungen, das Kampfmittel zu verteidigen, das sie während des ganzen letzten Jahres in jedweder Weise bekämpft haben.

Die Regierung hat wie früher zur Bürokratie der englischen Gewerkschaften volles Vertrauen. Die Regierung weiß, daß die Bürokratie das Vertrauen der herrschenden Klasse zu ihr vollkommen gerechtfertigt hat, ist jedoch gezwungen, darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Charakter und der Elan des Kampfes der Gewerkschaften sich ändert und nicht immer vom guten Willen der Herren Thomas und Clynes abhängen. Alle Advokaten des neuen Baldwinischen Gesetzes erinnern sich wehmütig jener Zeit, als die Verbände nicht die Politik des Klassenkampfes verfolgten, und nur davon träumten, mit Hilfe von kollektiven Verhandlungen die Lage der Arbeiter in jenen Grenzen zu verbessern, die die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zuließen. (Siehe den Aufsatz über die Arbeitergesetzgebung in der „Fortnightly Review“, April 1927.) Nunmehr hat die Lage eine schroffe Veränderung erfahren. In der neuen Situation bietet die Mäßigung der Führer keine genügende Garantie gegen eine Wiederholung solcher „Exzesse“, wie es der Maistreik des Jahres 1926 war.

Mit erstaunlicher Genauigkeit und Klarheit erläuterten die „Times“ den Sinn des Gesetzes. In dieser Zeitung vom 12. April lesen wir:

„Das unmittelbare Bedürfnis der Gesetzgebung ist natürlich aus dem Generalstreik des letzten Mai und aus dem ungeheuren Mißbrauch mit den Streikposten während des Konfliktes in der Bergbauindustrie emporgewachsen. Der Generalstreik darf jedoch nicht als isolierter und zufälliger Akt betrachtet werden, den die Gewerkschaftsführer nicht wiederholen werden. Es besteht auch keine Gewähr dafür, daß die Gewalttaten und Einschüchterungen, die von einigen Streikposten der Bergarbeiter praktiziert wurden, von der Gewerkschaftsbewegung in genügendem Maße verurteilt wurden, damit ihre Wiederholung unwahrscheinlich würde.“

Die Schlußfolgerung ist ganz klar: Diese Akte und diese Taten müssen durch die Kraft des Gesetzes unmöglich gemacht werden. Nicht minder deutlich erklärt die „Fortnightly Review“ die Notwendigkeit des Gesetzes.

„Im April d. J. — so schreibt das ehrbare Organ — hatten die Gewerkschaften einen Reservefonds von 12 500 000 Pfund und ein Jahreseinkommen von 11 885 000 Pfund. Sie bilden eine ungeheure Macht sowohl vom finanziellen wie vom rein zahlenmäßigen Standpunkt und sind imstande, viel Gutes zu tun oder auch großes Unheil zu stiften. Die Extremisten innerhalb der Verbände machen verzweifelnde Versuche, eine zentralisierte, einer Diktatur gleichkommende Kontrolle sowie eine vollkommene Disziplin der organisierten Massen zu erreichen. Das Endziel dieses Teiles bildet der Sturz des kapitalistischen Systems und die Schaffung einer ‚genossenschaftlichen Republik‘.“

Der Einfluß dieser „Extremisten“ ist es in der Hauptsache, der Baldwin und seine Anhänger schreckt und irritiert. Als neue Geißel gegen sie möchte er nicht nur die herrschenden Klassen, sondern auch die Gewerkschaftsbürokratie ins Treffen führen, die natürlich ebenfalls davon überzeugt werden möchte, daß die Maiereignisse sich niemals wiederholen werden.

Gerade deshalb scheint es uns, daß man mit dem Manifest der Britischen Kommunistischen Partei und mit den Resolutionen der Konferenz der Minderheitsbewegung darin einig sein muß, daß im Kampfe gegen das neue Gesetz alle Aufmerksamkeit auf dessen ersten Punkt konzentriert werden und daß die Mobilisierung der Kräfte für den Kampf gegen dieses Gesetz im Zeichen der Vorbereitung der Arbeitermassen für einen neuen Generalstreik erfolgen muß.

Die ganze Kampagne, die jetzt von den Führern der Labour Party und der Gewerkschaftsbewegung geführt wird, hat im Grunde genommen den Zweck, die Wachsamkeit der Massen einzuschläfern und bei ihnen die Illusion wachzurufen, daß man mit Hilfe von Parlamentsreden und Resolutionen in Versammlungen die Annahme des Gesetzes werde verhindern können. Der gegenwärtige Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses, George Hicks, trat sogar mit der großsprecherischen Erklärung hervor, daß die Stimmung der Arbeitermassen die Bürgschaft für den Erfolg der gegen das neue Gesetz gerichteten Kampagne bilde. Man kann natürlich Hicks darin zustimmen, daß die englische Arbeiterklasse nicht nur stark genug ist, um dieses Gesetz zu verhindern, sondern auch, um den Sturz der Regierung Baldwin herbeizuführen. Die englischen Kommunisten haben aber unstreitig recht, wenn sie behaupten, daß diese Kräfte sich lediglich dann als wirksam erweisen werden, wenn sie für den Kampf organisiert werden. In der gegenwärtigen konkreten Situation können jedoch die Rechte, auf die das neue Gesetz einen Anschlag verüben will, allein durch einen Massenkampf geschützt werden. Der Generalstreik kann als Waffe im Arsenal der Arbeiterklasse nur dann erhalten bleiben, wenn das Proletariat sich in seinem Klassenkampfe dieser Waffe bedienen wird. Ebenso werden die Arbeiter das Recht der Streikposten nur in dem Falle erhalten können, wenn sie sich dieses Mittels ungeachtet der neuen Gesetzgebung bedienen werden.

Wie von uns oben schon erwähnt, befließen sich die reformistischen Führer der Arbeiterbewegung hinsichtlich des Generalstreiks hartnäckigen Schweigens. Sie beschränken sich auf die Versicherung, daß die Parlamentsfraktion sich in jedweder Weise dem Gesetzentwurf widersetzen werde, daß sie jedes Komma und jede Zeile desselben bekämpfen würde. Die „Kühnsten“ versteigen sich bis zum Hinweis auf die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Obstruktion der Parlamentsfraktion. Es bedarf wahrlich nicht des Nachweises, daß diese „entschiedenen“ Kampfmittel sich kaum als wirksam erweisen werden. Die Parlamentsfraktion bildet den korruptesten Teil der Bürokratie der englischen Arbeiterbewegung. Sie ist für alle Missetaten der Regierung Baldwin einschließlich des neuen Gesetzes gegen die Gewerkschaften voll verantwortlich. Die englischen Kommunisten verneinen nicht, daß die Arbeiterklasse von dieser Parlamentsfraktion entschiedene Aktionen im Parlament selbst fordern muß. Sie sagen aber den Arbeitern die ganze Wahrheit und bereiten sie darauf vor, daß die Parlamentsfraktion bestenfalls versuchen werde, die Grundlage für irgendein faules Kompromiß mit Baldwin mit Hilfe dieser oder jener kleinen Verbesserungen des Gesetzes zu schaffen. Macdonald selbst hat ja mit der größten Ruhe erklärt, er sei davon überzeugt, daß das Gesetz angenommen und daß es lediglich gelingen werde, einige Verbesserungen an diesem Gesetz anzubringen. Thomas aber ruft die Arbeiter schon im voraus auf, sich dem „Verdikt der Demokratie“ zu fügen. Unter solchen Umständen ist die gesamte Aufmerksamkeit der Kommunistischen Partei natürlich auf **a u ß e r p a r l a m e n t a r i s c h e K a m p f m e t h o d e n** und in erster Linie auf die Verbreitung der Losung des Generalstreiks und auf Maßnahmen gerichtet, die die Organisierung der Massen für den aktiven Kampf zum Ziele haben. Sich der von der Minderheitsbewegung und der Kommunistischen Partei Englands aufgestellten Losung des Generalstreiks entziehen, hieße unter den jetzigen Bedingungen, der Koalition zwischen der konservativen Regierung und den reformistischen Führern der Arbeiterbewegung, deren Ziel die Entwaffnung der Arbeiterklasse ist, Vorschub leisten. Daraus erklärt sich auch offenbar die Tatsache, daß die kommunistische Presse jetzt die Wichtigkeit des Generalstreiks besonders betont. Für das richtige Verständnis der Linie der Kommunistischen Partei wollen wir auch die Kundgebungen anführen, in denen diesem Kampfmittel geringere Aufmerksamkeit zugewandt wurde. Wir wollen beispielsweise auf das Blatt „Workers Life“ vom 8. April hinweisen. Es stellt folgende vier Losungen auf:

1. Die Konferenz der Exekutiven muß direkte Aktionen organisieren, um den Vorstoß der Unternehmer abzuweisen.
2. Jede Parlamentstätigkeit muß sabotiert werden, bis das Gesetz zurückgezogen wird.
3. Die Kräfte der Arbeiter müssen für einen wirklichen Kampf gegen den Kapitalismus mobilisiert werden.
4. Massenkampagnen, um den Rücktritt der Tory-Regierung zu erzwingen und eine wirkliche Arbeiterregierung zu bilden, die sich zum Kampfe gegen die Unternehmer verpflichtet.

In diesen vier Losungen fehlen vom Standpunkt des Manifestes der Kommunistischen Partei vom 22. April zwei überaus wichtige Momente. Das neue Gesetz wird ohne jeglichen Zusammenhang mit jenem Henkerkriege

betrachtet, den der englische Imperialismus gegenwärtig gegen das chinesische Volk führt, ohne Zusammenhang mit diesem riesigen Abenteuer, für das der englische Imperialismus alle räuberischen Kräfte der Welt mobilisiert. Die zweite wichtige Unterlassung besteht darin, daß in keiner der Losungen auch nur ein Wort über den Generalstreik als von einer Kampf-methode gegen die Regierung Baldwin enthalten ist, die gleichzeitig einen Angriff auf die englischen Arbeiter und auf die chinesischen Volksmassen und dadurch ein neues Weltgemetzel vorbereitet.

Noch weniger klar äußert sich das linke revolutionäre Blatt, der „Sunday Worker“. In ihrem Leitartikel vom 10. April bezeichnet die genannte Zeitung das neue Gesetz als Politik der Ablenkung der Aufmerksamkeit der Arbeitermassen von der kriegerischen Intervention in China und von jenen neuen Vorstößen, die die englische Regierung gegen die Sowjets organisiert.

Eine falsche Auslegung! Die englischen Imperialisten verheimlichen keineswegs, daß sie das neue Gesetz nicht nur dazu brauchen, um die Möglichkeit einer Reduzierung des Existenzminimums der englischen Arbeiter zu sichern, sondern auch, um ungehindert die blutige Intervention in China fortsetzen und sich für einen neuen Weltkrieg vorbereiten zu können.

Der hauptsächlichste Sinn des neuen Gesetzes besteht nicht darin, die Aufmerksamkeit von der Intervention in China abzulenken, sondern darin, den Arbeitern die Waffe des Massenkampfes gegen die Intervention zu entwenden. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Minderheitsbewegung durchaus richtig gehandelt hat, wenn sie von der speziellen Konferenz der Gewerkschaftsexekutiven als Antwort auf das Gesetz die Aufstellung der Losung des Generalstreiks forderte.

Es versteht sich von selbst, daß wir den Generalstreik keineswegs als Allheilmittel für alle Uebel betrachten. Wir wissen, daß der Generalstreik keineswegs ein entscheidendes Mittel gegen einen bis an die Zähne bewaffneten Feind ist. Der Generalstreik ist aber doch ein ungeheurer Schritt vorwärts gegenüber jenen Kampfmethoden, deren sich die englischen Arbeiter bis jetzt bedienten. Und gerade deshalb bildet der Maistreik des Jahres 1926 eine neue Etappe in der Geschichte des Klassenkampfes in England. Die Reformisten möchten gerne das Rad der Geschichte zurückdrehen. Sie sind bereit, jede beliebige „revolutionäre Phrase“ vom Stapel zu lassen. Maxton sprach auf der letzten Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei sogar von einem Stoßtrupp von hunderttausend Mann für den Kampf gegen die Regierung Baldwin. Bei nüchternerer Analyse all dieser großsprecherischen Phrasen kann man sich bald davon überzeugen, daß diese in der Hauptsache losgelassen werden, um sich einer realen Aktion zu entziehen.

Der gegenwärtige Stand der englischen Arbeiterbewegung kann in folgender Weise resümiert werden. Der englische Imperialismus führt offen und zynisch seine blutige Intervention in China durch. Jede Woche schickt er nach China neue Truppen — Landtruppen, Marine- und Luftstreitkräfte. Gleichzeitig entwickelt der englische Imperialismus vermittels seiner weitverzweigten Agenturen eine wahnsinnige Mobilisierungstätigkeit aller reaktionären Kräfte für einen gemeinsamen Feldzug gegen die USSR. Hand in Hand mit diesem blutigen Abenteuer gehen systematische Vorstöße auf alle jene kläglichen Rechte und Freiheiten, die sich die Arbeiter in jener Periode errungen haben, als England sich noch aller Segnungen seiner Monopol-

stellung auf dem Weltmarkt erfreute. Das neue Gesetz bildet nur ein Glied in der allgemeinen Kette der politischen Handlungen der englischen Räuber. Die Arbeiterbewegung steht vor einem Dilemma, entweder den Weg eines wirklich organisierten entschlossenen Klassenkampfes zu betreten, oder eine Position nach der andern zu verlieren. Die Proteste und das Wehklagen der reformistischen Führer zeugen davon, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, sich ohne Murren dem Willen der Räuber zu fügen. Sie bereitet sich auf den Kampf vor. Die neue Etappe des Kampfes muß sich auf die schon gesammelten Erfahrungen stützen. Und vom Standpunkt der schon gesammelten Erfahrung stellen der neuntägige Generalstreik einerseits und der hartnäckige Streik der Bergarbeiter andererseits die beste Waffe im Arsenal der englischen Arbeiterbewegung dar.

Diese Waffe aus der Hand zu geben, sie just in dem Augenblicke zu vergessen, wo der englische Imperialismus im Angesicht der ganzen Welt ein neues furchtbares Gemetzel vorbereitet, indem er gleichzeitig die englischen Arbeiter und die chinesischen Volksmassen drosselt, das wäre ein unerhörtes Verbrechen:

BELA KUN:

## DER ANTISOWJETBLOCK DER DONAU- BALKANSTAATEN\*

### Das Wesen der englisch-italienischen Zusammenarbeit

Das Vordringen der englischen Diplomatie in der Richtung zur Herbeiführung des südost europäischen antisowjetistischen Blocks hat jetzt, zur Zeit des italienisch-jugoslawischen Konflikts, seinen Höhepunkt erreicht. Das kam darin zum Ausdruck, daß die englische Diplomatie für eine Weile den italienischen Faschismus gegen Jugoslawien losließ, um dann, nachdem es an Jugoslawien die Erpressung begangen hat, den faschistischen Bluthund wieder zurückzureißen.

In der sozialdemokratischen Presse wird nur selten auf das Zusammenwirken Englands und Italiens auf dem Balkan und auf die wahre Bedeutung desselben hingewiesen. Ihren Zielen, ihrer sowjetfeindlichen Politik und der englischen Politik, in deren Dienst sie steht, entsprechend, ist die II. Internationale bemüht, die südost europäische Lage so hinzustellen, als ob auf dem erweiterten Balkan den Werktätigen nur von Seiten Italiens die Gefahr, in einen Krieg hineingerissen zu werden, drohen würde. Macdonald veröffentlichte in der Zeitung, die gegen seine österreichischen Gesinnungsgenossen in der Wahlkampagne den schärfsten Kampf führt, in der „Neuen Freien Presse“, anfangs März einen Artikel: „Faschismus und europäischer Frieden“, in welchem er sich über die auf Vorbereitung eines Krieges hinwirkende Politik Mussolinis folgendermaßen äußert:

„Diese Gefahr wird eher vertieft als verringert erscheinen durch die zahlreichen Verträge, die Italien — auch dies ist ein Zug der römischen Politik — mit anderen Staaten,

\* Schluß des Artikels aus KI Nr. 18.

Albanien, der Tschechoslowakei, Polen, Oesterreich, Rumänien usw. abgeschlossen hat. . . . Einige unter diesen sind politischer und militärischer, andere bloß kommerzieller Natur, und manche dieser Verträge enthalten ohne Zweifel Geheimklauseln und Abmachungen.“

Dieser Artikel enthält kein einziges Wort über die englisch-italienische diplomatische Zusammenarbeit, darüber, daß diese Vertragspolitik ganz und gar nicht eine Entdeckung der italienisch-faschistischen Diplomatie ist, sondern ihren Ursprung tatsächlich in der englischen Diplomatie hat.

Otto Bauer beurteilt die Lage natürlich anders, ohne zu einer anderen Schlußfolgerung zu gelangen als Macdonald. Im Zusammenhang mit dem italienisch-jugoslawischen Konflikt schreibt er Ende März in der „Arbeiterzeitung“:

„All dies sind nur diplomatische Vorpostengefechte und Scharmützel in der großen Auseinandersetzung, die zwischen England und Sowjetrußland im Gange ist und deren Einsatz die asiatische Machtstellung des britischen Reiches ist . . . In Tirana und in Kowno verteidigt England die Konzessionen von Schanghai.“

Diese Otto Bauersche Scharfsicht ist umso weniger verwunderlich, als der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schon am 9. März aus Anlaß der italienischen Ratifizierung des Bessarabien-Protokolls mit nicht geringerer Klarheit festgestellt hat:

„Aus diesem Grunde hat das halboffizielle Organ des italienischen Auswärtigen Amtes, die „Tribuna“, jüngst in einem Leitartikel erklärt, daß die großen Westmächte sich über kurz oder lang unvermeidlich zusammenschließen müssen, um den Intrigen und der Agressivität der Sowjets ein Ende zu setzen — ein weiterer und willkommener Anlaß zur Offenbarung der Freundschaft und Solidarität Italiens gegenüber Großbritannien, wie sie in Schanghai zutage getreten sind.“

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ benutzt das englisch-italienische Zusammenwirken und dessen neueste Tatsachen nicht zu einer pazifistischen Beruhigung der europäischen öffentlichen Meinung, Otto Bauer dagegen ist bestrebt, die Arbeiterschaft Oesterreichs und Ungarns, deren Eisenbahnerkollegen eifrig italienische Munition und Waffen nach Rumänien befördern, mit der Behauptung zu beruhigen:

„Auf das journalistische Trommelfeuer muß nicht unbedingt das der Geschütze folgen. In Europa wird sich's jede Macht wohl überlegen, bevor sie zu den Waffen greift.“

Das Produkt der Otto Bauerschen Scharfsicht ist aber selbst in dieser Form nicht bis zur Exekutive der II. Internationale gelangt. Die anfangs April stattgefundene gemeinsame Konferenz der SAI und des IGB hat in bezug auf die „chinesischen Vorgänge“ und „über die Kriegsgefahr auf dem Balkan“ zwei besondere Resolutionen angenommen. In der Resolution ist nicht der blasseste Hinweis auf das Zusammenwirken der den Krieg vorbereitenden englisch-italienischen Diplomatie auf dem erweiterten Balkan enthalten. Mit keinem Wort wird in diesem Beschluß die englische Diplomatie angegriffen, und er enthält kein Sterbenswörtchen darüber, daß die englische Diplomatie vom Balkan her einen Ueberfall auf die Sowjetunion vorbereite. Es fehlt selbst der blasseste Hinweis darauf, welcher Zusammenhang zwischen dem italienisch-jugoslawischen Konflikt und der chinesischen Interventionspolitik Englands besteht. Der italienisch-jugoslawische Konflikt im Zusammenhang mit dem Plane der Bildung eines Donau-Balkanblocks gegen die Sowjetunion zeigt am klarsten das Wesen der englisch-italienischen diplomatischen Zusammenarbeit, die g e m e i n s a m e n

Ziele und die trennenden Momente derselben, wie auch die Grenzen dieser Zusammenarbeit. Das Schema der Entwicklung dieses Konfliktes im Rahmen der englisch-italienischen diplomatischen Zusammenarbeit, wie auch im Rahmen des Planes der Bildung eines antisowjetistischen Donau-Balkanblocks, ist das folgende:

1. Chamberlain-Mussolini-Entrevue in Livorno; Uebereinkommen (wenn auch nur ein partielles) in der Frage der Politik Italiens im Bereich des Mittelländischen, Aegäischen und Adriatischen Meeres; Uebereinkommen in bezug auf die Balkanpolitik Italiens und im besonderen in der Frage des bessarabischen Protokolls wie auch des italienisch-albanischen Vertrages von Tirana; Zunahme der außenpolitischen Aktivität Italiens auf dem Balkan, namentlich in Bulgarien, Albanien und Ungarn und mildere Haltung hinsichtlich der Anschlußfrage der österreichischen Republik an Deutschland, sowohl mit Rücksicht auf die Gewinnung Deutschlands, wie auch im Interesse der Munitionstransporte über Oesterreich nach Rumänien.

2. Eingreifen der englischen Diplomatie in Ungarn im Interesse einer Umstellung der außenpolitischen Orientierung der Bethlen-Regierung von Jugoslawien auf Italien, von Spalato auf Fiume.

3. Italienisch-bulgarische Annäherung im Interesse der Herbeiführung eines Freundschaftsvertrages; Auftauchen eines Plans betreffend die Gründung einer italienisch-bulgarischen Bank.

4. Ratifizierung des Bessarabien-Protokolls durch Italien, Umstellung Ungarns auf Italien, wachsende Beunruhigung in Jugoslawien über die außenpolitische Isolierung des Landes; das jugoslawische Außenministerium beginnt Sowjetsympathien zu äußern und nimmt den Kampf gegen die englisch-italienischen Isolierungsbestrebungen auf. Eine Zeitung, die dem jugoslawischen Außenminister Nintschitsch nicht fern steht, schreibt am 10. März:

„Wir glauben zwar gerne, daß Ungarn eine Annäherung an Jugoslawien wünscht ... Die Frage ist aber viel komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheinen möchte. Denn das A und O der europäischen Politik bildet nicht etwa der „Geist von Locarno“ mehr, sondern die Einstellung zum russisch-englischen Gegensatz. Ungarn hat sich hierbei bereits orientiert; es hat sich mit Leib und Seele England verschrieben. Auch Bulgarien, das das jugoslawische Angebot abgewiesen hat, befindet sich im englischen Fahrwasser .... Aber auch Rumänien wurde durch die Ratifizierung des Abkommens über Bessarabien durch Italien für die englische These gewonnen. Jugoslawien, das sich auf den Gedanken von Locarno beruft, kommt uns hierbei ein wenig anachronistisch vor.“

Dieselbe Zeitung schreibt am 11. März:

„Zwar ist dieser Pakt (d. h. der bessarabische Pakt. B. K.) in erster Linie gegen Sowjetrußland gerichtet, doch muß sich Rumänien zu großen Zugeständnissen Italien gegenüber verpflichtet haben. Die italienische Einflußsphäre auf dem Balkan ist also gewachsen, und es ist kein Zweifel, daß die Ratifizierung des bessarabischen Paktes unmittelbar gegen die Interessen unseres Staates verstößt.“

Die jugoslawische Presse fordert die Einberufung einer Konferenz der Kleinen Entente, aber vergeblich.

5. Das Inkrafttreten des (italienisch-albanischen) Tirana-Vertrags; jugoslawische Regierungskrise; Rücktritt des Außenministers Nintschitsch; Truppenverschiebungen auf italienisch-albanischer und jugoslawischer Seite. Zum jugoslawischen Eisenbahnminister wird ein General ernannt, und man drängt

auf den sofortigen Ausbau der zum Adriatischen Meer führenden strategischen Eisenbahnlinie (mit Hilfe einer amerikanischen Anleihe). Die „Times“ schildern, unter nicht mißzuverstehender Betonung der gegen die Sowjetunion gerichteten Tendenz, die Stellung des englischen Auswärtigen Amtes folgendermaßen:

„Wenn ein recht kampflustiges Volk in unklarer und vager Weise davon zu sprechen beginnt, daß es „eingekreist“ sei, daß ein Einvernehmen mit den Sowjets einen Ausweg aus seiner schweren Lage bilde, und wenn es seinen viel schwächeren Nachbarn oder Herrn Mussolini, oder gar die englische Regierung dafür tadelt, weil es selbst die Möglichkeit, die moralische Führung auf dem Balkan zu erlangen, von sich warf, ist es für die diplomatischen Aerzte offenbar an der Zeit, Linderungs- und Beruhigungsmittel zu brauen.“

Die französische Presse legt eine ziemlich reservierte Haltung an den Tag, indem sie anerkennt, daß der „Belgrader Lärm“ berechtigt ist und der „europäische Friede von neuer Gefahr bedroht wird“ (Homme Libre); sie unterstützt aber nicht aktiv die Forderung Jugoslawiens, den italienisch-jugoslawischen Konflikt vor den Völkerbund zu bringen. Offenbar aus Angst davor, daß Deutschland — da Stresemann den Vorsitzendenposten im Völkerbund inne hat — die Rolle eines Schiedsrichters in dieser Frage von europäischer Bedeutung erlangen würde.

6. Die jugoslawische Diplomatie, die sich isoliert fühlt, gibt dem englischen Drucke, der sie zu einer Erledigung des Konflikts auf unmittelbarem Wege außerhalb des Völkerbundes drängt, nach. Die englische Diplomatie beginnt, Jugoslawiens Unschuld zu betonen und tritt entschieden gegen die provokatorischen Pläne Mussolinis auf, natürlich ohne die Sache mit Mussolini zu verderben. Jugoslawien nimmt nicht nur die Vermittlung Englands in Anspruch, sondern es werden auch immer häufiger Stimmen laut, die die englische Orientierung fordern. (Unter anderen Raditsch in einer Rede in Zagrato). England, das den italienisch-jugoslawischen Konflikt ausgelöst hat, um Italien fester und endgültig in den antisowjetistischen Block einzugliedern, ist auf diese Weise im Laufe des Konfliktes zum Friedensrichter zwischen Italien und Jugoslawien geworden, um Jugoslawien, es einschüchternd und dem französischen Einfluß entreißend, unter den eigenen Einfluß zu bringen und in den antisowjetistischen Block der südosteuropäischen Staaten einzureihen.

Die Entwicklung dieses Konflikts zeigt also mit aller Klarheit das Wesen der englisch-italienischen Zusammenarbeit und bestimmt demgemäß auch die möglichen Grenzen dieser Zusammenarbeit.

Bei der englisch-italienischen Zusammenarbeit verfolgen England und Italien im Bereich des Mittelländischen, Aegäischen und Adriatischen Meeres, im balkanisierten Südosteuropa, wie auch im Nahen Osten ihre eigenen, besonderen Ziele. Dieser Umstand beeinflußt in hohem Grade die Kriegsperspektive der Staaten des erweiterten Balkan.

Der englische Imperialismus hat keine unmittelbaren Eroberungsziele, weder im Becken des Mittelländischen Meeres, noch in den Donau-Balkanstaaten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß besonders für das heutige England, das immer mehr fühlt, wie es auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig wird, der Markt der südosteuropäischen Staaten von nicht geringer Bedeutung ist. Diese Staaten sind für den englischen Export, wie das die nachfolgenden

Ziele und die trennenden Momente derselben, wie auch die Grenzen dieser Zusammenarbeit. Das Schema der Entwicklung dieses Konfliktes im Rahmen der englisch-italienischen diplomatischen Zusammenarbeit, wie auch im Rahmen des Planes der Bildung eines antisowjetistischen Donau-Balkanblocks, ist das folgende:

1. Chamberlain-Mussolini-Entrevue in Livorno; Uebereinkommen (wenn auch nur ein partielles) in der Frage der Politik Italiens im Bereich des Mittelländischen, Aegäischen und Adriatischen Meeres; Uebereinkommen in bezug auf die Balkanpolitik Italiens und im besonderen in der Frage des bessarabischen Protokolls wie auch des italienisch-albanischen Vertrages von Tirana; Zunahme der außenpolitischen Aktivität Italiens auf dem Balkan, namentlich in Bulgarien, Albanien und Ungarn und mildere Haltung hinsichtlich der Anschlußfrage der österreichischen Republik an Deutschland, sowohl mit Rücksicht auf die Gewinnung Deutschlands, wie auch im Interesse der Munitionstransporte über Oesterreich nach Rumänien.

2. Eingreifen der englischen Diplomatie in Ungarn im Interesse einer Umstellung der außenpolitischen Orientierung der Bethlen-Regierung von Jugoslawien auf Italien, von Spalato auf Fiume.

3. Italienisch-bulgarische Annäherung im Interesse der Herbeiführung eines Freundschaftsvertrages; Auftauchen eines Plans betreffend die Gründung einer italienisch-bulgarischen Bank.

4. Ratifizierung des Bessarabien-Protokolls durch Italien, Umstellung Ungarns auf Italien, wachsende Beunruhigung in Jugoslawien über die außenpolitische Isolierung des Landes; das jugoslawische Außenministerium beginnt Sowjetsympathien zu äußern und nimmt den Kampf gegen die englisch-italienischen Isolierungsbestrebungen auf. Eine Zeitung, die dem jugoslawischen Außenminister Nintschitsch nicht fern steht, schreibt am 10. März:

„Wir glauben zwar gerne, daß Ungarn eine Annäherung an Jugoslawien wünscht ... Die Frage ist aber viel komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheinen möchte. Denn das A und O der europäischen Politik bildet nicht etwa der „Geist von Locarno“ mehr, sondern die Einstellung zum russisch-englischen Gegensatz. Ungarn hat sich hierbei bereits orientiert; es hat sich mit Leib und Seele England verschrieben. Auch Bulgarien, das das jugoslawische Angebot abgewiesen hat, befindet sich im englischen Fahrwasser ... Aber auch Rumänien wurde durch die Ratifizierung des Abkommens über Bessarabien durch Italien für die englische These gewonnen. Jugoslawien, das sich auf den Gedanken von Locarno beruft, kommt uns hierbei ein wenig anachronistisch vor.“

Dieselbe Zeitung schreibt am 11. März:

„Zwar ist dieser Pakt (d. h. der bessarabische Pakt. B. K.) in erster Linie gegen Sowjetrußland gerichtet, doch muß sich Rumänien zu großen Zugeständnissen Italien gegenüber verpflichtet haben. Die italienische Einflußsphäre auf dem Balkan ist also gewachsen, und es ist kein Zweifel, daß die Ratifizierung des bessarabischen Paktes unmittelbar gegen die Interessen unseres Staates verstößt.“

Die jugoslawische Presse fordert die Einberufung einer Konferenz der Kleinen Entente, aber vergeblich.

5. Das Inkrafttreten des (italienisch-albanischen) Tirana-Vertrags; jugoslawische Regierungskrise; Rücktritt des Außenministers Nintschitsch; Truppenverschiebungen auf italienisch-albanischer und jugoslawischer Seite. Zum jugoslawischen Eisenbahnminister wird ein General ernannt, und man drängt

auf den sofortigen Ausbau der zum Adriatischen Meer führenden strategischen Eisenbahnlinie (mit Hilfe einer amerikanischen Anleihe). Die „Times“ schildern, unter nicht mißzuverstehender Betonung der gegen die Sowjetunion gerichteten Tendenz, die Stellung des englischen Auswärtigen Amtes folgendermaßen:

„Wenn ein recht kampflostiges Volk in unklarer und vager Weise davon zu sprechen beginnt, daß es „eingekreist“ sei, daß ein Einvernehmen mit den Sowjets einen Ausweg aus seiner schweren Lage bilde, und wenn es seinen viel schwächeren Nachbarn oder Herrn Mussolini, oder gar die englische Regierung dafür tadelt, weil es selbst die Möglichkeit, die moralische Führung auf dem Balkan zu erlangen, von sich warf, ist es für die diplomatischen Aerzte offenbar an der Zeit, Linderungs- und Beruhigungsmittel zu brauen.“

Die französische Presse legt eine ziemlich reservierte Haltung an den Tag, indem sie anerkennt, daß der „Belgrader Lärm“ berechtigt ist und der „europäische Friede von neuer Gefahr bedroht wird“ (Homme Libre); sie unterstützt aber nicht aktiv die Forderung Jugoslawiens, den italienisch-jugoslawischen Konflikt vor den Völkerbund zu bringen. Offenbar aus Angst davor, daß Deutschland — da Stresemann den Vorsitzendenposten im Völkerbund inne hat — die Rolle eines Schiedsrichters in dieser Frage von europäischer Bedeutung erlangen würde.

6. Die jugoslawische Diplomatie, die sich isoliert fühlt, gibt dem englischen Drucke, der sie zu einer Erledigung des Konflikts auf unmittelbarem Wege außerhalb des Völkerbundes drängt, nach. Die englische Diplomatie beginnt, Jugoslawiens Unschuld zu betonen und tritt entschieden gegen die provokatorischen Pläne Mussolinis auf, natürlich ohne die Sache mit Mussolini zu verderben. Jugoslawien nimmt nicht nur die Vermittlung Englands in Anspruch, sondern es werden auch immer häufiger Stimmen laut, die die englische Orientierung fordern. (Unter anderen Raditsch in einer Rede in Zagrato). England, das den italienisch-jugoslawischen Konflikt ausgelöst hat, um Italien fester und endgültig in den antisowjetistischen Block einzugliedern, ist auf diese Weise im Laufe des Konfliktes zum Friedensrichter zwischen Italien und Jugoslawien geworden, um Jugoslawien, es einschüchternd und dem französischen Einfluß entreißend, unter den eigenen Einfluß zu bringen und in den antisowjetistischen Block der südosteuropäischen Staaten einzureihen.

Die Entwicklung dieses Konflikts zeigt also mit aller Klarheit das Wesen der englisch-italienischen Zusammenarbeit und bestimmt demgemäß auch die möglichen Grenzen dieser Zusammenarbeit.

Bei der englisch-italienischen Zusammenarbeit verfolgen England und Italien im Bereich des Mittelländischen, Aegäischen und Adriatischen Meeres, im balkanisierten Südosteuropa, wie auch im Nahen Osten ihre eigenen, besonderen Ziele. Dieser Umstand beeinflußt in hohem Grade die Kriegsperspektive der Staaten des erweiterten Balkan.

Der englische Imperialismus hat keine unmittelbaren Eroberungsziele, weder im Becken des Mittelländischen Meeres, noch in den Donau-Balkanstaaten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß besonders für das heutige England, das immer mehr fühlt, wie es auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig wird, der Markt der südosteuropäischen Staaten von nicht geringer Bedeutung ist. Diese Staaten sind für den englischen Export, wie das die nachfolgenden

ziffernmäßigen Angaben zeigen, ganz und gar nicht unbedeutend. (Dabei ist zu bemerken, daß der in den Angaben für 1926 zutage tretende Rückgang der englischen Industrie und Ausfuhr auf die im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik eingetretene allgemeine Krise zurückzuführen ist.)

#### Ausfuhr aus England

	1924	1925	1926
	in Pfund Sterling		
Jugoslawien . . . . .	1 122 000	1 285 000	867 000
Griechenland . . . . .	5 892 000	6 058 000	3 398 000
Rumänien . . . . .	2 856 000	3 071 000	2 613 000
Europäische Türkei . . .	3 310 000	3 574 000	2 406 000
Ungarn . . . . .	380 000	586 000	655 000

Das englische Finanzkapital kann seine Expansion in Südost-Europa bei den jetzigen Mächteverhältnissen ruhig steigern, ohne an Annexionen denken oder seine wirtschaftliche Betätigung auf dem Balkan militärisch unterstützen zu müssen. Auch die italienische Konkurrenz ist für England gegenwärtig nicht gefährlich. Wie sehr auch dieses Finanzkapital geschwächt worden sein mag, ist es doch infolge der finanziellen Krise Frankreichs, der geringen finanziellen Macht Italiens und der Tatsache, daß das Wiederaufleben des deutschen Finanzkapitals sich erst im Anfangsstadium befindet, auf dem erweiterten Balkan am meisten konkurrenzfähig. Gerade deswegen verfolgt der englische Imperialismus bei seiner Expansion auf dem Balkan keine so „eigensüchtigen Ziele“, wie der Vertreter des „Sacro egoismo“, der italienische faschistische Imperialismus. Der englische Imperialismus strebt nicht nach Eroberungen in Südost-Europa, er will nicht die Staaten des erweiterten Balkan unter sein unmittelbares Protektorat bringen, sondern will lediglich die Völker Südost-Europas im Kriege gegen die Sowjetunion bluten lassen. (Dabei hat er natürlich auch nichts dagegen, daß diese Staaten ihre Industrie nicht entwickeln, damit sie umso größere Märkte für die Erzeugnisse der englischen Industrie darstellen.)

Der italienische Imperialismus, dieser Lazzaroni-Imperialismus, den Mussolini zuweilen mit dem Beinamen „proletarisch“ schmückt, verfolgt auf dem Balkan, am Adriatischen, am Mittelländischen und am Aegäischen Meer wie auch im Nahen Osten, ganz andere Ziele als der englische. Die italienische Politik gerät im arabischen Vorderasien (Yemen) in einen Gegensatz zu der englischen Politik und auch in der wichtigsten Frage der italienischen Politik, in der Frage des italienisch-französischen Gegensatzes nimmt die englische Diplomatie einen von Mussolini gewissermaßen abweichenden Standpunkt ein.

Die Außenpolitik des italienischen Faschismus will um jeden Preis Jugoslawien vom Adriatischen Meer absperren und strebt also auf Kosten Jugoslawiens außer den schon eroberten, von Südslawen bevölkerten Gebieten (Istrien und das Hinterland von Triest) auch in Dalmatien nach Gebietszuwachs. Mit Griechenland hat er wegen des Dodekanesos Streit und gegenüber der Türkei nimmt er in Vorderasien eine drohende Haltung ein (Insel Rhodos). Die de facto Okkupation Albanien berührt nicht nur das Streben Jugoslawiens nach einer Hegemonie auf dem Balkan, sondern bedroht auch die territoriale Integrität Jugoslawiens selbst. Italien wirkt überhaupt nervierend auf die öffentliche Meinung aller Balkanstaaten. Italien spielt in dieser Hinsicht die Rolle, die vor dem Kriege die Habsburg-Monarchie

innehatte. Die brutale Unterdrückung der deutschen Minderheit in Südtirol löst in Oesterreich, wie auch in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei ständig feindselige Gefühle aus. Der italienische Imperialismus beruft sich stets darauf, daß er seinem Bevölkerungsüberschuß durch Ausbreitung der Grenzen des Mutterlandes oder durch eine Uebersee-Expansion Platz schaffen muß. Die faschistische Außenpolitik will mit einem Schläge zwei Fliegen treffen: sie will durch die englisch-italienische diplomatische Zusammenarbeit, durch den Eintritt in den antisowjetistischen Block, das Mutterland auf Kosten Jugoslawiens und Albaniens ausbreiten (sie hätte natürlich auch gegen eine Ausbreitung auf Kosten Frankreichs im französischen Savoyen und auf Korsika nichts einzuwenden), andererseits ist sie auch jenseits des Mittelländischen Meeres, in Nordafrika und im arabischen Asien wie auch in Abessinien bemüht, ihren Uebersee-Expansionsgelüsten freien Lauf zu lassen.

Dieser Umstand schafft eine ganze Reihe von Trennungslinien zwischen den englischen und italienischen imperialistischen Interessen und schränkt natürlich auch den Rahmen der englisch-italienischen diplomatischen Zusammenarbeit ein, wie das im Falle des italienisch-jugoslawischen Konfliktes auch aus dem Entwicklungsschema dieses Konfliktes ersichtlich ist.

Dieser Umstand bedeutet aber auch, daß England auf dem Balkan im Interesse seiner imperialistischen Ziele, der Zustandebringung des sowjetfeindlichen Donau-Balkanblocks, zwar gezwungen ist, die Expansionsgelüste Italiens auf dem erweiterten Balkan zuweilen einzuschränken, andererseits ist aber die englische Diplomatie genötigt, die faschistische Außenpolitik für diese Einschränkung, wenn möglich außerhalb des Balkans (wo dies nicht möglich ist, auf dem Balkan selbst), zu entschädigen (Sicherstellung des Protektorats über Albanien für die Ratifizierung des Bessarabien-Protokolls).

Dieser Widerspruch, mit dem das Zusammenwirken der englisch-italienischen Diplomatie behaftet ist, kann nur durch den nächsten Krieg seine Lösung finden, durch den Krieg, der nach den Berechnungen und Plänen der englischen Diplomatie nichts anderes sein kann, als eine Ergänzung der im Fernen Osten sich gegen die chinesische Revolution herausbildenden Front, im Osten und Südosten Europas gegen die Sowjetunion, um das internationale Proletariat in den Staub zu stürzen und seine Bewegung im Blute zu ersticken.

### Kriegsperspektiven in Südost-Europa

Zur Vorbereitung des sowjetfeindlichen südosteuropäischen Blocks gehört auch die allseitige Förderung des Faschismus durch die englische Diplomatie. Wie erinnerlich, hat Churchill bei seinem jüngst stattgefundenen Besuch in Italien allen südost europäischen und baltischen Staaten den Faschismus als das einzig geeignete Abwehrmittel gegen den Bolschewismus empfohlen. Dieses Faschisierung der Balkanstaaten geht parallel mit der Zustandebringung des antisowjetistischen Blocks vor sich. Dieser Block ist natürlich noch nicht vollständig. Seine enge Zusammenfassung wird gehindert erstens durch die inneren Gegensätze zwischen den Donau-Balkanstaaten

(die mazedonische Frage, der ungarisch-rumänische Gegensatz, der ungarisch-tschechische Gegensatz usw.); zweitens durch die Begrenztheit der englisch-italienischen diplomatischen Zusammenarbeit selbst, da diese, die Vorbereitung eines Blutvergießens bezweckende Arbeitsgemeinschaft — wie wir gesehen haben — auch selbst voller Widersprüche ist; drittens durch den französisch-englischen und hauptsächlich französisch-italienischen Gegensatz in bezug auf die Balkanpolitik.

England sucht sich eine besondere Stütze in den politischen Kreisen aller dieser Länder, ebenso auch Italien. Fast in jedem Balkanlande des erweiterten Balkan sind die wirtschaftlichen und politischen Interessentenkreise vorhanden, die gesondert eine Annäherung an England und eine Annäherung an die italienisch-faschistische Diplomatie anstreben. Sicher ist, daß in den führenden bürgerlichen Kreisen Südost-Europas und bei der Mehrheit der Bourgeoisie der englische Einfluß viel populärer und erwünschter ist als der rüpelhafte faschistische Lazzaroni-Imperialismus. Darüber setzt sich die englische Diplomatie, im Interesse des englisch-italienischen Zusammenwirkens, zuweilen gerade so hinweg, wie in dem Falle von Bulgarien, als sie die sich an England wendenden bulgarischen Politiker zur Verhandlung zur italienischen Diplomatie sandte, oder in dem Falle von Rumänien, dessen Regierung sie durch die hartnäckige Verweigerung einer Anleihe förmlich gezwungen hat, von Italien für eine Lire-Anleihe, die von der österreichisch-ungarischen Armee erbeuteten alten unbrauchbaren Schwarzlose-Maschinengewehre, Mannlicher-Gewehre und Munition von veraltetem Muster zu erwerben.

Alle diese Umstände stellen die Staaten Südost-Europas vor dreierlei — etwa in drei Hauptgruppen zusammenzufassende — Kriegsperspektiven:

1. Kriegsmöglichkeit zwischen den Donau-Balkanstaaten ohne Beteiligung imperialistischer Großmächte.

2. Kriegsmöglichkeit zwischen Italien und Jugoslawien, an welchem Kriege sich auch andere Donau-Balkanstaaten auf der einen oder anderen Seite beteiligen würden.

3. Krieg gegen die Sowjetunion unter englischer Führung, an welchem die Donau-Balkanstaaten oder wenigstens ein Teil derselben sich auf der Seite von Polen und Rumänien beteiligen würde.

Natürlich sind auch andere Variationen möglich, und zwar deshalb, weil der Gegensatz zwischen Italien und Frankreich infolge der faschistischen Innenpolitik und der inneren Lage Italiens sich in jedem Augenblick zuspitzen kann.

Das Eintreten der ersten Variante ist sehr wenig wahrscheinlich. Es ist unwahrscheinlich, daß ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen den Donau-Balkanstaaten sich ohne ein Eingreifen Italiens abspielen kann. Uns dünkt, daß das Proletariat und die Bauernschaft der Donau-Balkanstaaten sich auf das Eintreten der zweiten oder dritten Variante, und von diesen eher auf das der dritten einstellen muß. Ein Krieg zwischen Italien und Jugoslawien stößt gegenwärtig, wie es der jüngste Konflikt zeigt, und wahrscheinlich auch für die nahe Zukunft, auf den Widerstand der englischen Diplomatie. Es ist nämlich vorläufig nicht wahrscheinlich, daß Italien England in China in einem solchen Maße Hilfe gewähren kann, daß die englische Diplomatie als Gegenleistung hierfür Italien auf dem Balkan

vollständig freie Hand lassen und dadurch den Plan der Mobilisierung Südost-Europas gegen die Sowjetunion, den sie seit Jahren mit so viel Konsequenz betreibt, über den Haufen werfen lassen soll. Die englische Diplomatie will gegenwärtig in Europa weder eine „friedliche“ noch eine Kriegsgruppierung dulden, die sich nicht in das System der englischen Politik einfügt. Was der vereidigte Publizist des englischen Auswärtigen Amtes, Garvin, Ende des vorigen Jahres über die Paneuropa-Pläne schrieb: „Die europäische Union allein, ohne bestimmte Beiordnung (Cooperation) nicht nur zum britischen Weltreich, sondern zu dem ganzen englischen System, würde nicht den Frieden, sondern das Gegenteil bewirken“ — gilt mutatis mutandis nicht nur für die pazifistischen Gestaltungen, sondern auch für die kriegerischen. Ein solcher Krieg, ein „Kleinkrieg“, der nicht der Krieg Englands ist, der die Vorbereitung des großen Krieges, des Krieges des englischen Imperialismus stört und sich „dem ‚British Empire‘, ja sogar dem ganzen englischen System nicht beiordnet“, ein Krieg, der nicht gegen die chinesische Revolution, gegen die Sowjetunion gerichtet ist, stößt gerade so auf den Widerstand Englands wie jedes Friedensstreben, selbst die jämmerlichste naive pazifistische Utopie auf diesen Widerstand stößt. England ist sowohl militärisch (Schutzlosigkeit der italienischen Seeküste gegen die englische Mittelmeerflotte) wie wirtschaftlich (Kohlen- und Erdölmangel in Italien) in der Lage, einen starken Druck auf Italien auszuüben, damit dieses seinen Heißhunger einschränkt, solange dessen Befriedigung den Interessen Englands zuwiderläuft. Andererseits kann die innere Lage des italienischen Faschismus — das muß unbedingt festgestellt werden — in jedem Zeitpunkt ein Kriegsabenteuer seitens Mussolinis erzwingen, der damit das Ziel verfolgen würde, die in Zerfall begriffene „faschistische nationale Einheit“ durch einen auswärtigen Krieg zusammenzuschweißen. Daher darf auch diese Kriegsmöglichkeit nicht außer acht gelassen werden, wenn man auch den kriegsfeindlichen, auf die Bewahrung des Friedens gerichteten Bemühungen des Proletariats keinen Dienst erweist, wenn man diese Kriegsmöglichkeit zur Zeit der gegen die Sowjetunion und besonders gegen die chinesische Nationalrevolution betriebenen Kriegsvorbereitungen besonders in den Vordergrund rückt und so hinstellt, wie das in der oben angeführten gemeinsamen Resolution der II. Internationale und der Amsterdamer geschehen ist.

Am wahrscheinlichsten ist, daß die Arbeiter- und Bauernschaft Südost-Europas von der Gefahr bedroht ist, durch seine bürgerlichen und feudalen Machthaber und durch die faschistischen Henkersknechte zu einem Kriege gegen die Sowjetunion mobilisiert zu werden. Auf diese Möglichkeit, auf diesen Plan, für dessen Wahrscheinlichkeit die chinesische Politik Englands, der Donner der Nanking beschießenden und in Hankau ein Blutbad vorbereitenden englischen Geschütze ein Beweis ist, muß man sich am stärksten vorbereiten. Es muß allerdings festgestellt werden, daß der Antisowjetblock der Donau-Balkanstaaten keine vollendete Tatsache ist. Nicht unbedeutende Kräfte wirken gegen dieses beabsichtigte Machwerk der englischen Diplomatie. Die inneren Gegensätze unter den Donau-Balkanstaaten — die nationalen ebenso wie die wirtschaftlichen — dürfen nicht unterschätzt werden. Die Sympathien gegenüber der Sowjetunion wachsen nicht nur bei den Arbeiter- und Bauernmassen, sondern auch bei den verschiedenen Schichten

des Kleinbürgertums. Doch wird die Lösung der Frage des Antikriegsblocks der Donau-Balkanländer in erster Linie nicht abhängen von den Regierungen dieser Länder, sondern von den Vereinbarungen der imperialistischen Großmächte. Frei von jedem Provinzialismus, vom Gesichtswinkel der großen Gegensätze zwischen Imperialismus und Revolution aus, muß eben darum das Proletariat aller Länder Südost-Europas auch die Ereignisse auf dem erweiterten Balkan betrachten. Das bedeutet keinesfalls eine Unterschätzung der Kriegsgefahr, die die erste Offenbarung eines Opportunismus in bezug auf die Stellung des Proletariats zu einem Kriege ist. Im Gegenteil, diese Einschätzung ist vom Gesichtspunkte der Zusammenhänge mit der chinesischen Revolution und der Sowjetunion, vom Gesichtspunkte des zwischen der internationalen proletarischen Revolution und dem Imperialismus sich abspielenden Kampfes die einzig annehmbare Einschätzung jener Kriegsgefahr, die droht, die Arbeiter- und Bauernmassen des erweiterten Balkan von neuem zum Kanonenfutter des Imperialismus zu machen.

Der blutige und „trockene“ Faschismus, der unter englischem Protektorat das Proletariat und die Bauernschaft unterdrückt, wird gewiß den Kampf gegen den Krieg in diesen Ländern erschweren. Andererseits ist es aber auch gewiß, daß der revolutionäre Kampf unter dem Druck des Faschismus die Proletarier und die Bauern mit vielen solchen revolutionären Methoden und mit der Verwendung vieler solcher revolutionären Mittel bekannt gemacht hat, die das Proletariat vieler anderer Länder erst nachher kennenlernen wird. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die soziale Struktur dieser Länder, die Ueberreste des Feudalismus, die die „Agrarreform“ überlebt haben, die nationalen Bewegungen, die immer mehr Kennzeichen einer sozialen Differenzierung aufweisen, große Mengen von revolutionärem Zündstoff aufgehäuft haben. Das Proletariat kann also in eine durch die großen Massen der unterdrückten Werktätigen erweiterte Front gegen die Kriegsgefahr und für die Umwandlungen des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg eintreten. In eine breite, einheitliche Front der Arbeiterschaft, der Bauernschaft und der unterdrückten Massen gegen die Schützengrabengemeinschaft der Donau-Balkanländer, für die Gemeinschaft aller Werktätigen!

KURT FISCHER:

## DER FASCHISMUS IN DEUTSCHLAND

Wollte man einen Vergleich ziehen zwischen dem italienischen Faschismus und dem, was in Deutschland mit faschistischer Bewegung bezeichnet wird, so müßte man neben vielen gemeinsamen Wesenszügen auch eine ganze Reihe grundlegender Unterschiede feststellen. Der hervorstechendste Unterschied ist der, daß der Faschismus in Deutschland überhaupt noch keine politische Partei ist und in nächster Zukunft wohl auch nicht sein wird. Die deutsche faschistische Bewegung stellt sich in einer Reihe von

großen und kleinen Organisationen, Verbänden und sogar politischen Parteigruppen dar, die sich nicht nur in Nuancen voneinander unterscheiden, sondern die sich zum Teil auch in scharfen Gegensätzen gegenüberstehen und einander heftig bekämpfen. Die Kräfte waren im faschistischen Lager bisher niemals gleichmäßig auf die einzelnen Gruppierungen verteilt. So war der deutsche Faschismus in seiner Entstehungsperiode von Ende 1918 bis März 1920 überhaupt noch nicht der Faschismus im Sinne unserer Terminologie. Er spielte damals nur eine unmittelbar konterrevolutionäre Rolle. Die faschistischen Organisationen waren in dieser Zeit mehr weißgardistische Verschwörerverbände, wie die Brigade Ehrhardt und die zahlreichen Freikorps, als eine Massenbewegung. An diese Zeit erinnert der Stahlhelmann Stefani in seinem Offenen Brief an den preußischen Innenminister, Sozialdemokrat Grzesinski:

„Ich will Sie und Ihre politischen Freunde bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß es die gleichen Männer im „Stahlhelm“ waren, die Sie heute mit den Vorkämpfern der III. Internationale in eine Linie stellen, die Berlin vom bolschewistischen Terror im Januar 1919 befreiten, als Spartakus in den Hochburgen der Sozialdemokratie, im „Vorwärts“-Gebäude saß. Damals war das politische Latein ihrer großen Männer Ebert und Scheidemann zu Ende. Da riefen sie laut die verruchten Frontsoldaten im Stahlhelm und zerschissenen Feldrock um Hilfe an und lehnten das Verhandeln mit den „Vorwärts“-Leuten ab.“

(Deutsche Tageszeitung, 13. Februar 1927.)

Die zweite Phase in der Entwicklung des deutschen Faschismus begann nach dem Kapp-Putsch von 1920 und dauerte bis zum Oktober 1923. Die durch den Kapp-Putsch zum Teil schwer mitgenommenen Wehrverbände wurden wiederum in Form illegaler oder halblegaler Kampforganisationen aufgezogen. Am berüchtigtsten ist die „Organisation Consul“ („O. C.“) unter Führung des Kapitänleutnants Ehrhardt geworden, deren Angehörige die republikanischen Reichsminister Erzberger und Rathenau ermordeten und das Säureattentat auf Scheidemann verübten.

Bis Ende 1923 wuchs sich der Faschismus zur breiten Massenbewegung aus. Die Hegemonie in der faschistischen Bewegung, wenigstens politisch, hatte damals der nationalsozialistische völkische Flügel, der kleinbürgerliche Faschismus Hitlers; im Hintergrunde aber standen, als die Kern- und Führertruppen, die Geheimverbände. Die nationale Frage, wie sie nach der Ruhrbesetzung auf der Tagesordnung stand, nahm die beherrschende Stellung ein. Schlageter („Der Wanderer ins Nichts“) war der gefeierte Held dieser Periode. Nationalbolschewistische Gedankengänge eines gemeinsamen Kampfes mit der Roten Armee gegen den „Erbfeind“ Frankreich spielten in dieser Zeit in der gesamten faschistischen Bewegung eine Hauptrolle.

Seit der Oktoberniederlage des deutschen Proletariats hat sich im faschistischen Lager eine große Umgruppierung und Strukturveränderung vollzogen. Die Schwerkraft der Bewegung liegt jetzt nicht mehr bei dem kleinbürgerlichen nationalsozialistischen und völkischen Flügel, sondern bei den ehemaligen Geheimbünden oder halblegalen Wehrverbänden, wie „Stahlhelm“, „Jungdo“ und „Wehrwolf“. Die Nationalsozialisten und Völkischen sind in viele kleine Splittergruppen zerfallen, die kaum noch nennenswerten Einfluß besitzen.

Die Anhängerschaft der sämtlichen faschistischen Organisationen rekrutiert sich heute aus allen Bevölkerungsschichten, besonders aus früheren

Offizieren, aus Studenten, aus mittel- und kleinbäuerlichen Elementen, aus Kleinbürger- und Mittelschichten, aber auch aus Arbeitern, in erster Linie Landarbeitern. Diese Rekrutierungsschichten sind entweder durch die Wirtschaftskrise und den gewaltigen Konzentrationsprozeß des Kapitals in ihrer Klasse ökonomisch entwurzelt und wehren sich verzweifelt gegen das Hinabgestoßenwerden in das Proletariat, ohne sich ihrer wahren Klassenlage bewußt zu sein; oder sie werfen sich, wie das für die proletarischen Elemente zutrifft, durch die wirtschaftliche Notlage und durch die Dauerarbeitslosigkeit mürbe gemacht, den meistbietenden und größten Demagogen in die Arme.

Ein tatsächliches Bild über die Mitgliederstärke und den Einfluß der faschistischen Organisationen zu geben, ist schwer, weil alle Verbände offiziell das Doppelte und Mehrfache ihres Mitgliederbestandes angeben.

Die zahlenmäßig und politisch bedeutendste Organisation ist der „Stahlhelm“. Er hat nach seinen eigenen Angaben einschließlich der hunderttausend „Jungstahlhelmer“ eine Gesamtmitgliedschaft von rund einer Million. Die wöchentlich erscheinende Stahlhelmzeitung, die nicht obligatorisch an die Mitglieder geliefert wird, deren Abonnenten zugleich aber gegen Unfälle und politische Ueberfälle versichert sind, hat eine Auflage von 120 000. Danach kann eine tatsächliche Mitgliederstärke von 300 000 bis 400 000 angenommen werden. Nach Angaben der Bundesleitung sind 88 Prozent der Mitglieder proletarische Elemente; in Wirklichkeit dürften es 50 bis 60 Prozent sein und diese sind vorwiegend Landarbeiter. In die politische Führung des „Stahlhelm“ teilen sich die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen. Von den beiden Bundesvorsitzenden gehört der eine, ein Magdeburger Fabrikant, zur Deutschen Volkspartei, der andere, ein Oberleutnant a. D., zu den Deutschnationalen. Der Stahlhelm hat so mit den ausschlaggebenden Wirtschaftsgruppen der deutschen Bourgeoisie die engste Verbindung und wird von ihnen reichlich finanziert. Der „Stahlhelm“ ist mit dem bürgerlichen Staatsapparat eng verbunden; der Reichspräsident Hindenburg ist sein Ehrenvorsitzender. Seine Führer, durchweg frühere Offiziere, haben mit dem Offizierskorps der Reichswehr und der Schutzpolizei enge Verbindung. Dieses nimmt durch Vertreter an den militärischen Gelände- und Schießübungen der Stahlhelm-Ortsgruppen aktiven Anteil. Der „Stahlhelm“ wird immer mehr zu der beherrschenden faschistischen Wehrorganisation, die die kleineren Verbände aufsaugt. Bedeutungsvoll ist vor allem das Aufgehen des „Wiking“-Bundes unter Führung des bekannten Kapitänleutnants Ehrhardt und der „Olympia“, einer faschistischen Führerorganisation, im „Stahlhelm“.

Ebenfalls politisch sehr bedeutend ist der „Jungdeutsche Orden“ („Jungdo“) mit einer Mitgliederstärke von 60 000 bis 70 000. Der Anteil der proletarischen Elemente an dieser Organisation ist bedeutend geringer als beim „Stahlhelm“. Hinter dem „Jungdo“ steht das Kalikapital. Da dieses als erste größere Wirtschaftsgruppe sich mit der entsprechenden französischen Wirtschaftsgruppe verständigte, wurde auch der „Jungdo“ im faschistischen Lager zum ersten Vorkämpfer für die deutsch-französische Verständigung. Er bildet heute das Bindeglied zwischen dem nationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung, nämlich dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und dem

Faschismus. Es ist sogar erwiesen, daß in letzter Zeit zwischen dem sozialdemokratischen Reichsbannerführer Hörsing und dem „Jungdo“ Verhandlungen über gemeinsame Aktionen stattgefunden haben. Natürlich spielt auch im „Jungdo“ die militärische Betätigung eine bedeutsame Rolle.

Die übrigen erwähnenswerten faschistischen Wehrorganisationen sind: „Wehrwolf“ mit offiziell 85 000, in Wirklichkeit höchstens 40 000 Mitgliedern, „Wiking-Bund“ mit 8000 Mitgliedern, „Olympia“ mit 3000, Frontkämpferbund mit 30 000; diese sind aber schon teilweise oder ganz im „Stahlhelm“ aufgegangen. Schließlich wären noch zu erwähnen der „Deutsche Offiziersbund“ und der „Nationalverband deutscher Offiziere“ mit 100 000 resp. 15 000 Mitgliedern.

Was nun den kleinbürgerlichen Faschismus anbetrifft, so macht er heute ein Geschrei, das im umgekehrten Verhältnis zu seiner wirklichen Stärke steht. Nach ihrem großen Wahlerfolg von 1924 schlossen sich die kleinbürgerlichen Faschisten zur National-Sozialistischen Freiheitspartei zusammen. Aber sofort nach seiner Freilassung gründete Hitler seine „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei“. Daraufhin bildeten auch die Norddeutschen wieder ihre selbständige „deutschvölkische Freiheitsbewegung“ unter der Führung von Gräfe und Ludendorff. Die Zersetzung ging weiter und es entstanden noch einige Splitterparteien. Auch die früheren gemeinsamen Parlamentsfraktionen sind vollständig zerfallen. Bei den letzten Thüringer Landtagswahlen im Dezember 1926 sind die Völkischen fast ganz zusammengeschmolzen, die Nationalsozialisten ebenfalls stark zurückgegangen. Hitler behauptet, daß seine Partei wieder 60 000 Mitglieder zähle. Diese Zahl ist natürlich ungeheuer übertrieben. Der Grund für die offene Spaltung der kleinbürgerlichen Faschisten liegt einmal in den Streitigkeiten über die Reihenfolge der Kandidaten für die nächsten Wahlen, dann in der großen Geldknappheit und schließlich in ideologischen Gegensätzen, die darauf basieren, daß die Völkischen von dem norddeutschen Agrarkapital abhängig sind, während die Nationalsozialisten die Unterstützung süddeutscher Großindustrieller haben. Die Völkischen befinden sich ideologisch in voller Flucht zu den Deutschnationalen, wohin sie auch sozial gehören.

Gegenüber dem Tiefstand von Mitte 1926 hat die nationalsozialistische Bewegung wieder einen kleinen Aufstieg genommen. Sie sucht sich jetzt eine andere soziale Basis: sie versucht mit allen Mitteln in die Arbeiterschaft einzudringen. Die Nationalsozialisten haben es jetzt durch den Ueberfall auf die Roten Frontkämpfer in Groß-Lichterfelde (mehrere hundert Nationalsozialisten gegen 23 RFB-Leute) erreicht, daß wieder von ihnen gesprochen wird. Dieser Ueberfall von Groß-Lichterfelde hat neben dem Versuch, wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu kommen, noch andere Gründe. Es gibt nämlich bei den nationalsozialistischen Organisationen Sicherheits- und Sportabteilungen, die Kampftruppen sind, in denen Banditen, Hooligans usw. militärisch trainiert und aufgeputscht werden. Dieser Apparat läuft sich von Zeit zu Zeit heiß und Ueberfälle werden unvermeidlich. Dabei sind die Mitgliederzahlen der Nationalsozialisten lächerlich gering. Z. B. hat die seit einem Jahr wieder aufgerichtete Berliner Ortsgruppe mit allen Vororten nicht mehr als 1800 Mitglieder. Die Taktik des Zusammenziehens aller Kräfte für jede einzelne Veranstaltung täuscht aber den Eindruck einer starken Organisation vor.

Versuche, alle faschistischen Organisationen zusammenzufassen, sind verschiedentlich gemacht worden. Der größte derartige Versuch war die Bildung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD) unter Führung des Baltikumschlächters General von der Goltz. Nach seinen Angaben sollen in den VVVD 235 verschiedene Organisationen mit einer Gesamtmitgliederzahl von  $3\frac{1}{2}$  Millionen vereinigt sein, wobei aber bemerkt werden muß, daß die größten Wehrverbände, wie „Stahlhelm“, „Jungdo“ und „Wehrwolf“ und auch die Nationalsozialisten und Völkischen zentral den VVVD nie angegliedert waren. Oertlich gehören sie meistens ihren Ortsausschüssen an. Die Zusammensetzung der VVVD ist sehr bunt. Vor allem gehören dazu die ehemaligen Kriegervereine, die Regimentsvereinigungen, Schützenvereine und zum Teil auch Sportorganisationen. Eine ausgesprochen militärische Kraft stellen die VVVD nicht dar. Doch sind sie bei verschiedenen Anlässen, wie bei der Hindenburgwahl und beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung politisch aktiv aufgetreten und haben dabei sogar eine große Rolle gespielt. Doch kann der Versuch, in den VVVD alle Kräfte des Faschismus zusammenzufassen, als gescheitert betrachtet werden. Das trifft noch mehr auf das „Deutsch-Banner schwarz-weiß-rot“ zu, das nach dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung vom oppositionellen Flügel im nationalen Lager gegründet wurde.

Nachdem nun die ausschlaggebenden Schichten der deutschen Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft gefestigt haben und im Begriffe sind, sich in der Republik wohnlich einzurichten, vollzieht sich jetzt gerade unter der Aera der Bürgerblock-Regierung in der Ideologie des Faschismus ein großer Umschwung. Dieser Umschwung erstreckt sich auf die außenpolitische Orientierung, auf die Stellung zum Staat und schließlich auf das Verhältnis zur Arbeiterschaft.

In ihrer außenpolitischen Stellung sind die führenden faschistischen Organisationen, wie „Stahlhelm“ und „Jungdo“ bereits zur Westorientierung übergegangen, oder sie sind im Begriff, sich westlich zu orientieren. Wie vollständig dieser Uebergang ist, zeigt folgender Beschluß des „Jungdo“-Hochkapitels (d. i. Bundesvorstand):

„Das Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens erhebt einmütig Protest gegen die Versuche, dem deutschen Volke ein falsches Bild über die Zustände in Rußland zu geben. . . . . Wir erheben aber ganz besonders Protest gegen die auch in militärischen Kreisen vertretene Ansicht, daß das bolschewistische Rußland ein militärischer Bundesgenosse für Deutschland sein könne. Wir fordern, daß die gesamte nationale Bewegung Deutschlands schärfste Stellung gegen ein System nimmt, das nach wie vor der Todfeind abendländischer Kultur ist und bleibt“.

(„Hamburger Volkszeitung“ vom 3. Februar 1927.)

Diese Erklärung zeigt so recht, wie bedeutend der ideologische Umschwung im faschistischen Lager ist. Wer im Jahre 1923 in einer Hitler-Versammlung, oder auch in einer Versammlung des damals noch schwachen „Jungdo“ sich erdreistet hätte, von „abendländischer“ Kultur zu sprechen, an der ja auch der damalige „Todfeind“ Frankreich teilgehabt hätte, der wäre wahrscheinlich gelyncht worden.

Der „Stahlhelm“ ist in seiner außenpolitischen Umstellung noch nicht ganz so weit wie der „Jungdo“, aber auch er befindet sich im vollen Zuge zur westlichen Orientierung. Er muß dabei, will er schwere Krisen ver-

meiden, sehr vorsichtig vorgehen, da ein großer Teil seiner Mitglieder, besonders in den Ostprovinzen, noch immer auf einen Kampf gegen Polen eingestellt ist. Die polnische Frage bildet daher die größte Schwierigkeit und wird wohl auch in der Zukunft die Achillesferse in der westlichen Orientierung des „Stahlhelm“ bilden. Auch heute noch sagt der Bundesvorsitzende des „Stahlhelm“: „Im Osten liegen für Deutschland große Aufgaben und Entwicklungsmöglichkeiten“. Mit diesem Osten ist aber schon nicht mehr Polen gemeint, sondern das ehemalige „Kultivierungsgebiet“ der alten Hansa bis zum Ladogasee. Und in der Stahlhelm-Zeitung ist die Sowjetunion heute schon das „feindliche Ausland“. In einem Artikel gegen die kommunistische Bewegung in Deutschland heißt es im Organ des „Stahlhelm“ vom 17. April 1927:

„Für eine Bewegung aber, die in sich selbst den Todeskeim trägt, und deren Schwergewicht nicht in Deutschland liegt, sondern von Deutschland fortstrebt und vom feindlichen Ausland ernährt sein will, für eine solche Bewegung darf es in Deutschland keinen Raum geben.“

Auch die übrigen Wehrorganisationen folgen in ihrer außenpolitischen Einstellung dem „Stahlhelm“ in die Interventionsfront gegen die Sowjetunion. Damit haben die ausschlaggebenden Schichten der deutschen Großbourgeoisie das erreicht, was sie durch die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Reichsregierung bezweckt haben: sie haben nach der Reichswehr nun auch die Wehrverbände aus einem störenden Faktor der deutschen Außenpolitik in einen aktiven Träger des neuen deutschen Imperialismus verwandelt. Das ist von um so größerer Bedeutung, als das deutsche Finanzkapital durch die Wehrverbände jeder Zeit seine bewaffneten Kräfte wie Reichswehr und Schutzpolizei um ein mehrfaches vergrößern kann. Die Wehrverbände stellen jetzt die legalisierte schwarze Reichswehr dar, die die Großbourgeoisie in ihrer Außenpolitik nach ihren Bedürfnissen auch gegen die Sowjetunion und selbst in gemeinsamer Aktion mit den ehemaligen „Feinden“ England und Frankreich ohne Widerstände verwenden können.

Auch in ihrer innenpolitischen Orientierung folgen die großen Wehrorganisationen der Großbourgeoisie. Bisher war in ihrer Ideologie Deutschland die „Judenrepublik“, und ihre Aufgabe war es, sie zu zerschlagen. Heute ist es ganz anders. Nachdem die Großbourgeoisie sich mit der Republik abgefunden hat und sie nach ihren Bedürfnissen „ausbaut“, beginnen auch die faschistischen Wehrverbände sich mit der Republik abzufinden und sich als Schutzgarde des neuen deutschen Imperialismus häuslich darin einzurichten. Noch klingen alle Aufrufe des „Stahlhelm“ aus in die Losung: „Hinein in den Stahlhelmstaat!“ Wie soll nun aber dieser „Stahlhelmstaat“ aussehen? Hier ist sein Programm:

„Regste Anteilnahme aller Staatsbürger am staatlichen Leben durch weitesten Ausbau der Selbstverwaltung.

Zuerkennung staatsbürgerlicher Rechte nur an den, der für den Staat etwas geleistet hat.

Organischen Aufbau des Staates auf der Grundlage der Selbstverwaltungskörper; Herausbildung der politischen Führerschaft gemäß diesem Aufbau.

Starke Regierungsgewalt, die von der Volksvertretung unabhängiger ist als heute.

Stärkung der Befugnisse des Reichsoberhauptes; Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt von dem Parlament auf die Regierung.

Kontrolle der Regierung durch politische und wirtschaftliche Volksvertretung.  
Belastung der Regierenden und der Volksvertreter mit persönlicher Verantwortung für ihre Handlungen.“

Das alles sind Forderungen, die sich sehr gut im Rahmen der Weimarer Verfassung verwirklichen lassen, ja, die heute schon zum Teil praktiziert werden. Und daß der „Stahlhelm“ schon nicht mehr mit dem Gedanken eines Staatsstreiches spielt, spricht er in seiner Zeitung vom 17. April 1927 offen aus: „Wir bekämpfen diesen Staat nicht. Wir bejahen ihn. Aber wir wollen ihn so formen, wie wir ihn für eine starke deutsche Zukunft brauchen.“

Man kann also feststellen, daß die faschistischen Wehrorganisationen heute schon nicht mehr staatsfeindliche, sondern staaterhaltende Organisationen sind. Sie sind jetzt ein Machtinstrument geworden, mit dessen Hilfe die deutsche Großbourgeoisie nur um so leichter und gründlicher ihre offene Klassendiktatur zu befestigen und zu erhalten gedenkt. Sie können dieses Machtinstrument desto besser bilden, je größere Massen der Arbeiterschaft sie sich zu Anhängern machen. So zeigt sich jetzt bei den faschistischen Wehrorganisationen ein verstärkter Kurs auf die Gewinnung der Arbeiterschaft. Die Parole des „Stahlhelm“ lautet heute: Das Gesicht dem Betriebe zul Dem „Stahlhelm“ und auch den anderen faschistischen Organisationen ist es bereits gelungen, sich eine Anzahl von Stützpunkten in Betrieben zu errichten. Sie haben dabei viel von uns gelernt, sie kopieren die kommunistischen Betriebszeitungen und ahmen die kommunistischen Methoden der Betriebspropaganda nach. Dabei haben sie die weitgehendste Unterstützung der Unternehmer. Sie suchen mit allen Mitteln die Arbeiterschaft zu korrumpieren. Zu diesem Zweck verfügen sie über besondere Arbeitsnachweise. Ein Licht auf ihre Methoden werfen folgende Beispiele: In Reichenbach im Vogtland bekamen erwerbslose Arbeiter kurz vor Weihnachten durch die Post 10 Mark als Geschenk der „Stahlhelm“-Ortsgruppe zugeschickt. Nach zwei Tagen erhielten sie eine Einladung zur Stahlhelmmitgliederversammlung mit dem Vermerk: „Alle Spesen und Unkosten sowie Essen und Trinken wird entschädigt“. In Hohenstein-Ernstthal wurde im Winterhalbjahr eine Stahlhelmspeisung für 200 Familien erwerbsloser Arbeiter veranstaltet, in Hannover eine solche für 660 Familien. Durch diese Methoden ist es dem Stahlhelm und auch den übrigen faschistischen Organisationen gelungen, in die Betriebe einzudringen. Allerdings sind diesem Betriebsfaschismus bestimmte Grenzen gezogen, weil beim Wachsen des Kreises der Korruptierten es den Unternehmern immer schwerer wird, den im Stahlhelm und bei den anderen faschistischen Organisationen stehenden Arbeitern eine Sonderstellung gegenüber der gesamten Arbeiterschaft einzuräumen. Wo aber in den Betrieben der Kampf um den 8-Studentag und um Lohnerhöhungen auf der Tagesordnung steht, da scheitert der Stahlhelm, ja dort rebellieren die Stahlhelmarbeiter gegen ihre Führer, wie das vielfach aus Mitteldeutschland gemeldet wird. Hier in Mitteldeutschland, in der Hochburg des Stahlhelm, zeigt diese Organisation heute schon in den Betrieben eine stark rückläufige Bewegung.

Solch eine große Umstellung in der Ideologie, wie sie der „Stahlhelm“ in seiner Stellung zum Staat und zum Teil auch in seinem Verhältnis zur Arbeiterschaft vorgenommen hat, kann sich naturgemäß nicht ohne stärkere oder

schwächere Widerstände vollziehen. Unter der Stahlhelmmitgliedschaft herrscht über die Umorientierung vielfach große Unzufriedenheit. Diese zu beheben und alle Kräfte der Organisation auf die neuen Ziele einzustellen, plant der „Stahlhelm“ zum 8. Mai einen großen Aufmarsch in Berlin. Er will an diesem Tage 100 000 Mitglieder in der Reichshauptstadt zusammenziehen. Das deutet schon darauf hin, daß er in diesem Jahre wichtigere Zwecke verfolgt, als bei den Maiaufmärschen in den letzten Jahren, die immer nur in der Provinz stattfanden. Was bezweckt der „Stahlhelm“ nun mit seinem Aufmarsch am 8. Mai?

1. Der Aufmarsch soll, wie schon erwähnt, die Mißstimmung von Teilen der Mitgliedschaft wegen der Schwenkung zur Republik und zur Westorientierung unterdrücken und eine Stärkung des Machtbewußtseins der Organisation bringen.

2. Im „roten“ Berlin soll die Straße von den Arbeitern für die unter großbürgerlicher Führung stehenden faschistischen Verbände freigemacht werden.

3. In der Hauptstadt der preußischen Weimarer Koalition soll die Macht des Bürgerblocks demonstriert werden.

4. In dem Augenblicke, wo Deutschland nach der faktischen Aufhebung der Militärkontrolle zum ersten Male wieder formell als Großmacht behandelt wurde, soll die Stärke des größten Wehrverbandes nach außen hin demonstriert und so diese Art schwarze Reichswehr auch vor dem Auslande möglichst weit legalisiert werden.

Dieser Stahlhelmaufmarsch in Berlin ist eine scharfe Provokation gegen die Arbeiterschaft. Die deutsche Sozialdemokratie aber, der der preußische Innenminister und der Berliner Polizeipräsident angehören, die durch ihre Amtsbefugnisse den Stahlhelmtag verbieten könnten, steht vor der Entscheidung, entweder den Stahlhelmaufmarsch zu dulden und zu einem Blutbad unter der Arbeiterschaft zu rüsten, oder sich durch ein Verbot des Aufmarsches vor der Großbourgeoisie als überflüssig zu erweisen und damit die Sprengung der Weimarer Koalition in Preußen herbeizuführen. Die sozialdemokratische Führerschaft hat sich bereits für den ersten Weg entschieden und führt eine scharfe Hetze gegen die Kommunisten, die alle Kräfte zur Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die Stahlhelmprovokation einsetzen.

Die KPD mobilisiert die Arbeiterschaft gegen den Stahlhelmaufmarsch nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiche. Ihre Losung ist: Die Rote Front gegen den Faschistenaufmarsch. Nachdem ein offener Brief des ZK der KPD und der Bundesleitung des RFB mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Gegenaktion am 8. Mai von der SPD und dem Reichsbanner durch Nichtbeantworten abgelehnt wurde, erhebt jetzt die Einheitsfront von unten aus den Betrieben. In verschiedenen Berliner Betrieben sind bereits einheitliche Abwehrkomitees gegründet worden. Viele örtliche Reichsbannerorganisationen, die auf Beschluß ihrer Leitung am 8. Mai Berlin „zur Erholung im Freien“ verlassen sollten, haben beschlossen, am 8. Mai gemeinsam mit den Roten Frontkämpfern auf der Straße zu sein. Trotz aller Bemühungen von seiten der sozialdemokratischen Führer, die Arbeiterschaft daran zu verhindern, wird das Berliner Proletariat am 8. Mai auf den Straßen sein, und den Faschisten zeigen, daß Berlin rot ist und bleibt.

Gerade in dem Stahlhelmaufmarsch am 8. Mai zeigt sich, wie groß die Gefahr ist, die der deutschen Arbeiterschaft von der faschistischen Bewegung droht. Durch eine zielbewußt und stark geführte Kampagne gegen die Kriegsgefahr, die ja auch in Deutschland sich durch die faschistischen Wehrorganisationen unmittelbar zeigt, durch verstärkten Kampf um 8-Studentag und um die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft wird es der KPD am ehesten gelingen können, den Faschismus in den Betrieben zu zersetzen und die faschistische Gefahr zu bannen.

O. PJATNITZKI:

## DIE ERRUNGENSCHAFTEN, DIE MÄNGEL UND DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER ORGANISATIONSARBEIT DER KI-SEKTIONEN\*

### Schlusfolgerungen

1. Trotz allen Terrormaßnahmen der Unternehmer und den sonstigen Schwierigkeiten, die bei der Parteiarbeit in den Betrieben zu überwinden sind, trotz dem erschwerenden Umstand, daß oft viele Mitglieder der Betriebszellen sehr weit ab von ihrer Arbeitsstätte wohnen und dadurch an der ungehemmten Teilnahme an den Zellenversammlungen, an den Sitzungen der Zellenleitungen und Kommissionen sowie an den Sitzungen der Zellengruppen- und Stadtteileitungen nach Arbeitsschluß gehindert werden, da sie sonst die dem Arbeitsschluß speziell angepaßten Züge versäumen — trotz alledem hat sich die Betriebszelle durchgesetzt und ein Zurück zur alten Wohnorganisation gibt es nicht und kann es nicht geben. In allen Ländern gibt es bereits sehr viele Anhänger und aktive Mitglieder der Zellen, die das sehr wohl begriffen haben; unbedingt notwendig ist es aber, daß alle Parteimitglieder, insbesondere die aktiven Elemente der Partei, von dieser Erkenntnis durchdrungen sind. Die Kommunistische Partei ist das Hirn, ist die Führerin der Arbeiter, sie schöpft ihre Kräfte aus der Organisation der Arbeiterklasse, aus der Agitation und aus der Propaganda der kommunistischen Ideen unter den Arbeitermassen. Diese aber sind in den Betrieben konzentriert. Dank der hemmungslosen Ausbeutung und des ungenügenden Arbeitslohnes entsteht in den Betrieben, im Verlauf des Arbeitsprozesses ein günstiger Boden für die kommunistische Arbeit und für die Erläuterung der kommunistischen Parolen. Die Arbeit der Kommunisten in den Betrieben kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie organisatorisch zusammengefaßt sind, eine tüchtige Führung haben, die Arbeit unter sich verteilen, an der Kleinarbeit in allen Arbeiterorganisationen und -organen in den Betrieben teilnehmen (Gewerkschaftsvertrauensleute, Betriebsrat, Tarifkommission usw.), und dabei sich nicht vor den Arbeitern verstecken, sondern nötigenfalls (auf Anweisung der Zelle) offen vor allen Arbeitern auftreten, auch dann, wenn solches Auftreten den Unternehmerterror auszulösen droht. Kein Kampf, insbesondere aber der Klassenkampf, ist ohne Opfer möglich.

\* Fortsetzung des Artikels in KI Nr. 17 und 18

Es muß erreicht werden, daß alle Arbeiter erkennen, welche Bedeutung und welche Rolle den Betriebszellen zufällt. Die klare Erkenntnis der politischen Aufgaben der Partei in jeder gegebenen Situation wird die Parteimitglieder aktivieren und in ihnen die Bereitschaft hervorrufen, allen Opfern und Schwierigkeiten zum Trotz, die Ziele der Kommunistischen Partei in den Betrieben durchzusetzen.

Fügt man dem oben Gesagten noch hinzu, daß letzten Endes auch das Fundament der Massenorganisationen, wie der Gewerkschaften, der Sportverbände, der Kranken- und sonstigen Versicherungskassen und der Genossenschaften in den Betrieben und Werkstätten liegt, so wird es klar, daß die Kommunisten dann in all diesen Organisationen Einfluß gewinnen können, wenn sie gute und erfolgreiche Arbeit unter den Arbeitern im Betrieb leisten.

Eben deshalb müssen die alten Traditionen überwunden und es darf nicht zugelassen werden, daß die Straßenzellen sich in die alten Wohnorganisationen verwandeln.

Die entsprechenden Parteileitungen müssen nötigenfalls die Mitglieder der Betriebszellen, die weit ab von ihrem Wohnort arbeiten, nach Arbeits-schluß und an Feiertagen für die Parteiarbeit in ihrem Wohnbezirk verwenden. Jedoch müssen diese Mitglieder der Betriebszellen davon befreit werden, bei der Durchführung einer Kampagne das Wohngebiet in dem Bezirk zu bearbeiten, in dem ihr Betrieb gelegen ist. Diese Funktion fällt den Straßenzellen und den Parteimitgliedern zu, die in denselben Bezirken wohnen, aber in anderen arbeiten. Die Methode, Mitgliedern von Betriebszellen, die in einem ganz andern Bezirk und sogar in einer benachbarten Stadt wohnen, das Wohngebiet in dem Bezirk bearbeiten zu lassen, in welchem sich ihr Betrieb befindet, ruft aus begreiflichen Gründen berechtigte Beschwerden hervor. Man muß diese Methode fallen lassen. Die zuständigen Parteileitungen müssen ihre ganze Kraft und ihre ganze Energie darauf richten, die Arbeit der Kommunisten und der Zellen unter der Belegschaft vor, während und nach der Arbeit zu verbessern. Von der Bearbeitung des Wohngebiets in dem Bezirk, in dem sich ihr Betrieb befindet, müssen die Mitglieder der Betriebszellen jedoch befreit werden. Es ist ohnehin schon eine Belastung für Betriebszellenmitglieder, wenn sie ein- oder zweimal in der Woche ihre Fahrtverbindung nach Hause verpassen, um an den Sitzungen und Versammlungen der Zellen und anderer Parteiinstanzen teilzunehmen.

2. Wie schwer es auch sein mag, in die Großbetriebe einzudringen, und welche Schwierigkeiten sich auch den Großbetriebszellen bei ihrer Arbeit entgegenstellen mögen, die Zellengruppen- und Stadtteileitungen sowie die Orts- und Bezirksleitungen wie die gesamte Partei, müssen einen unaufhörlichen, energischen Kampf führen, um die Großbetriebe zu erobern und die in ihnen bestehenden Zellen am Leben zu erhalten und auszubauen.

Die Großbetriebe der wichtigsten Industrien müssen zu Hochburgen der Kommunistischen Partei werden.

Die Kraft der Arbeiter in den Transport-, Kraftherzeugungs- und Bergbaubetrieben ist allein schon stark genug, um den Produktionsprozeß auch ohne Generalstreik wirksam zu unterbrechen. In den Großbetrieben sind gewaltige Arbeitermassen konzentriert. Sie werden am meisten ausgebeutet,

und bei guter Arbeit könnten die Zellen in den Großbetrieben trotz des Terrors festen Fuß fassen. Wenn die Kommunisten und die kommunistischen Zellen auf die Belegschaft der Großbetriebe einen starken Einfluß gewinnen, so erhalten sie damit einen mächtigen Schutz gegen den Unternehmerterror (solche Tatsachen hat es in der Zeit des Bestehens der Zellen bereits viele gegeben). Die Großbetriebe spielen bei wirtschaftlichen und politischen Streiks und Demonstrationen eine entscheidende Rolle. Während der Aktion schließen sich die Kleinbetriebe immer den Großbetrieben an. In der Geschichte der Arbeiterbewegung gibt es bereits viele Beispiele dafür (die Putilow- und die Obuchow-Werke in Leningrad, die AEG in Berlin usw.). Hinzuzufügen ist noch, daß die Arbeiter der Großbetriebe eine entscheidende Rolle in den proletarischen Massenorganisationen spielen (Gewerkschaften, Versicherungskassen usw.).

Indem die kommunistischen Parteien Einfluß in den Großbetrieben gewinnen, dringen sie dadurch auch in die Arbeitermassenorganisationen ein. Auf diese Weise erhält der Kampf um den Einfluß in den Großbetrieben der wichtigsten Industrien für die Kommunistische Partei eine ausschlaggebende Bedeutung. Dieser Einfluß aber kann nur gewonnen werden, wenn in solchen Betrieben Kommunisten vorhanden sind, die sich ihrerseits in energisch und gut arbeitende Zellen zusammenschließen. Die Großbetriebszellen sind, wie wir oben gesehen haben, zahlenmäßig schwach. Deshalb ist es notwendig, aus den Straßenzellen die in Betrieben, besonders Großbetrieben beschäftigten Straßenzellenmitglieder systematisch auszusondern; die zuständigen Parteileitungen müssen diese Parteimitglieder den Betriebszellen jener Betriebe, in denen sie arbeiten, zuführen. Falls es dort keine Zellen gibt, so müssen aus diesen Kommunisten solche organisiert werden. Falls in dem Betrieb weniger als drei Kommunisten arbeiten, so müssen die Zellen aus Kommunisten und Sympathisierenden gebildet werden. Sollten auch nach Durchführung dieser Maßnahmen die Großbetriebe ohne Kommunisten dastehen, so müssen die Parteileitungen dafür sorgen, daß in diese Betriebe arbeitslose Kommunisten eindringen. Bei Nachfrage nach geschulten Betriebskräften müssen die Parteileitungen unter Umständen qualifizierte kommunistische Arbeiter aus den kleinen Werkstätten und Betrieben in die Großbetriebe sogar dirigieren.

Diese Arbeit der Gewinnung der Großbetriebe darf nicht mechanisch durchgeführt werden, sondern vielmehr in Begleitung von Aufklärung und ideologischer Vorbereitung. All das läßt sich bei gutem Willen und bei geschicktem Vorgehen machen. Natürlich darf in keinem Falle neben diesen rein organisatorischen Maßnahmen außer acht gelassen werden, daß die übergeordneten Parteileitungen sich darum kümmern müssen, die Zellen in den Großbetrieben qualitativ in die Höhe zu bringen, sie zu erziehen, sie daran zu gewöhnen, in der Kleinarbeit die politische Linie der Partei einzuhalten, und ihnen auf diese Weise helfen, ihre Position im Betrieb zu befestigen. Nur so wird es gelingen, der Zelle neue Mitglieder aus der Belegschaft zuzuführen und sie dadurch zu stärken. Es muß betont werden, daß die Arbeit in der Richtung der Eroberung der Großbetriebe die Parteiarbeit in den Klein- und Mittelbetrieben keineswegs überflüssig macht und die Parteileitungen der Verpflichtung keinesfalls entoben werden, die Arbeit in diesen Betrieben zu leiten und zu kontrollieren. Es handelt sich nur um

die Verlegung des Schwergewichts der Parteiarbeit — und dieses liegt in den Großbetrieben und den wichtigsten Industrien.

3. Es genügt nicht, in den Betrieben Zellen zu haben. Sie müssen auch gut arbeiten. Dazu ist notwendig, daß man die Betriebszellen aktivisiert und politisiert, u. a. auch dadurch, daß man vermittels der Betriebszellen die politischen, gewerkschaftlichen und Parteikampagnen durchführt; dadurch werden die Zellen gezwungen sein, unter den Arbeitern ihrer Betriebe Parteiarbeit zu leisten.

4. Die Zellen müssen in ihrer Arbeit von den Zellengruppen- und Stadtteilleitungen sowie den Orts- und Bezirksleitungen tatkräftig unterstützt werden. Die letzteren müssen den Zellen die notwendige Literatur und Rededispositionen zu bestimmten Fragen zustellen, sie müssen mit den Ob-leuten und auch mit den Zellenleitungen Beratungen abhalten, um sie über die Durchführung bestimmter Kampagnen zu instruieren. Insbesondere aber müssen sie Mitglieder der zuständigen Parteileitungen in die Zellen dirigieren, damit diese an den Sitzungen der Zellenleitungen und an den Zellenversammlungen persönlich teilnehmen und durch ihre aktive Beteiligung die Arbeit der Zellen in die richtigen Bahnen leiten, was durchaus nicht in eine überflüssige Bevormundung der Zellen auszuarten hat. Im Gegenteil, die Parteileitungen müssen auf jede Weise die Initiative der Betriebszellen fördern.

Die Arbeit der Betriebs- und Straßenzellen muß unter ständiger Anleitung seitens der zuständigen Parteileitungen vor sich gehen. Da die Einberufung von Versammlungen und Sitzungen der Betriebszellen aus oben erwähnten Gründen erschwert ist, was sich auf die Durcharbeitung der Parteaufgaben auswirkt, so müssen die Parteileitungen, ohne natürlich das Recht der Betriebszellen auf Beratung und Entscheidung von Partei-, politischen, Gewerkschafts- sowie sonstigen Fragen einzuschränken, periodisch allgemeine Mitgliederversammlungen zur Beratung und Lösung wichtigerer Fragen einberufen. Wenn aber in der Stadt die Entfernungen zu groß sind oder die Zahl der Parteimitglieder zu hoch ist, so müssen die Parteileitungen Stadt-, Stadtteil- oder Zellengruppen-Parteiarbeiterkonferenzen einberufen. Solche Versammlungen oder Konferenzen müssen natürlich gut vorbereitet und durchgeführt werden.

5. Die Betriebszeitungen sind — wie aus dem Anfang des 3. Kapitels (Abschnitt C) zu ersehen ist — in allen Organisationen der legalen und illegalen Länder weit verbreitet. In England, Amerika, Deutschland, Frankreich und in der Tschechoslowakei werden sie für die Arbeit der Betriebszellen sehr gut ausgewertet. Man kann sogar sagen, daß es um die Betriebszeitungen im allgemeinen besser bestellt ist als um die Arbeit der Zellen in ihrer Gesamtheit. In fast allen Ländern gehen jedoch die übergeordneten Parteileitungen in vielen Organisationen an die Betriebszeitungen genau so ungeschickt und formell heran wie an die Arbeit der Betriebszellen. In vielen Organisationen werden die Betriebszeitungen nach wie vor von den Parteileitungen nach einer Schablone für verschiedene Betriebe angefertigt, ohne daß konkretes Tatsachenmaterial aus dem Leben der Betriebe angeführt wird. Die Herausgabe der Betriebszeitungen wird nicht den Parteikampagnen zeitlich angepaßt, auch nicht solchen Ereignissen in den Betrieben oder im Lande, die eine verstärkte Aufmerksamkeit der im Betrieb stehenden Arbeiter auf sich lenken könnten (oft erscheint bei wichtigen Ereignissen überhaupt keine

Betriebszellenzeitung). Schließlich sind die Betriebszeitungen auch heute noch oft mit Nacherzählungen und Auszügen aus der Tagespresse der Partei vollgepfropft. Die von den Zellen mit eigenen Kräften herausgegebenen Zeitungen verstehen es in vielen Fällen nicht, die angeführten Tatsachen aus dem Betriebsleben mit dem politischen Inhalt der Parteitätigkeit und mit den Parteiparolen zu verbinden. Angesichts der Schwierigkeiten, die die Betriebszellen, besonders in den Großbetrieben bei ihrer Arbeit zu überwinden haben, können die von den Zellen herausgegebenen Zellenzeitungen und Flugblätter, insbesondere bei geschickter Abfassung und Verknüpfung der Fragen des Betriebes mit den Parteiparolen und bei ihrem Erscheinen im entsprechenden Moment, manchmal ein offenes Auftreten der Zellenmitglieder ersetzen; außerdem können sie den Zellenmitgliedern das Material für die Durchführung individueller Agitation während, vor und nach der Arbeit liefern. Dazu ist aber eine sachkundige und aufmerksame Unterstützung der zuständigen übergeordneten Parteileitungen erforderlich.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, zu welcher Partei sie auch gehören mögen, kaufen und lesen die Betriebszeitungen. Um den Einfluß der Betriebszeitungen zu lähmen, geben die Unternehmer ihre eigenen Betriebs- und Werkzeitungen heraus. Sie setzen auch Preise für die Ausfindigmachung der Redakteure und der Verbreiter der Betriebszeitungen aus. Genügen diese Tatsachen nicht, um die Parteileitungen zu veranlassen, der Herstellung und Verbreitung dieser Zeitungen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden?

6. Angesichts dessen, daß in vielen Betrieben nur ein bis zwei Parteimitglieder arbeiten, müssen diese Zellengruppen-, Stadtteil- und Ortsleitungen folgendes tun:

a) Mit allen Mitteln bestrebt sein, in Betrieben, in denen nur einzelne Kommunisten arbeiten, Zellen zu gründen, durch Heranziehung und Gewinnung von Sympathisierenden, von Abonnenten der Parteipresse, von oppositionellen Mitgliedern der Gewerkschaften, von Mitgliedern der Sport- und Abwehrverbände und sonstiger Massenorganisationen.

b) Falls es nicht gelingt, aus den einzelnen Mitgliedern der Partei Betriebszellen in den Betrieben, wo sie arbeiten, zu bilden, so sind aus den Parteimitgliedern mehrerer Betriebe sogenannte Sammelzellen zu bilden. Dabei muß beachtet werden, daß diese Betriebe nach Möglichkeit ein und derselben Industrie angehören, daß sie nicht weit von einander entfernt sind und zu derselben Zeit Arbeitsschluß haben; sonst werden die Sammelzellen nicht lebensfähig sein. Diese Zellen dürfen keinen dauerhaften Charakter tragen: sobald in einem Betrieb drei Parteimitglieder vorhanden sind, ist eine selbständige Zelle zu organisieren und die Sammelzelle hat der neuen Zelle in ihrer Arbeit behilflich zu sein.

c) Falls die in den Punkten a und b erwähnten Maßnahmen nicht durchzuführen sind, müssen die einzelnen Parteimitglieder den benachbarten Zellen unter Berücksichtigung der in Punkt b erwähnten Bedingungen zugewiesen werden. Dabei müssen die Zellen auch in den Betrieben Parteiarbeit leisten, in welchen die ihnen zugeteilten Mitglieder arbeiten.

7. Haben die englischen Genossen mit der Behauptung recht, daß die Betriebszellen ungeeignet sind, daß sie bei Streiks und Unruhen nicht funktionieren? (Das ZK der KP Englands teilt zwar diese Auffassung nicht, jedoch

hat diese Behauptung eine gewisse Verbreitung gefunden und ist in den Ortsorganisationen behandelt worden.)

Diese Frage ist von praktischer Bedeutung. Von ihrer richtigen Lösung hängt die Tätigkeit der Betriebszellen während wirtschaftlicher und politischer Streiks ab. Es wurde bereits oben darauf hingewiesen, daß bei den Maiereignissen in England die Betriebszellen schlecht funktioniert haben und in einigen Ortsorganisationen überhaupt nicht in Tätigkeit kamen.

Womit begründen nun die englischen Genossen ihre Auffassung? Sie behaupten, daß bei Streiks die Arbeiter nicht in die Betriebe gehen, sondern in ihre lokalen Gewerkschaftsorganisationen kommen und deshalb die Gewerkschaften zu den Stützpunkten der Parteiarbeit werden. Es ist schwer, diese Behauptung zu bestreiten. Aber weshalb sollen die Betriebszellen ihre Tätigkeit einstellen? Am Anfang des 3. Kapitels\* (Abschnitt A) ist auf ein Beispiel der gut arbeitenden Zelle der Metallwerke Smiths hingewiesen worden, in denen nur ein Teil der Arbeiter dem Generalstreikappell des Generalrates folgte und der andere Teil der Belegschaft erst nach energischem Eingreifen der Zelle die Arbeit einstellte. Die Smith-Werke bildeten in dieser Hinsicht sicherlich keine Ausnahme. Auch in Zukunft sind solche Erscheinungen möglich. Folglich müssen die Zellen in den Betrieben, wo die gesamte Belegschaft die Arbeit nicht einstellt, aktiv weiterarbeiten. Ferner: Sind nun Fälle möglich, daß ein Teil der Arbeiter während der Streiks die Arbeit wieder aufnimmt? Selbstverständlich: während des Bergarbeiterstreiks kam das mehrmals vor. Folglich müssen die Betriebs- und Bergwerkszellen auf ihren Posten sein, um nötigenfalls zu jeder Zeit ihre Arbeit wieder aufnehmen zu können. Zu diesem Zweck ist aber erforderlich, daß die Zellen auch bei Streiks und bei Unruhen ihre Tätigkeit nicht einstellen. Schließlich noch eine Frage: Wie können die Parteimitglieder zu solchen Zeiten in den „Stützpunkten“, d. h. in den Gewerkschaften und Ortsausschüssen der Gewerkschaft, in denen die großen Arbeitermassen konzentriert sind, Parteiarbeit leisten? Auch in diesem Falle müssen und können die Zellen funktionieren, weil sie bestimmte Aufgaben haben: die Zellenleitungen müssen die Durchführung der Parolen und der Taktik der Partei besprechen, die Arbeit unter die Mitglieder der Zelle aufteilen, Parteimitglieder in die Streikposten hineinbringen, Betriebszeitungen herausgeben und die Parteipresse sowie die entsprechende Literatur verbreiten usw. Wird die Parteiarbeit unter den Streikenden nicht größeren Erfolg zeitigen, wenn sie organisiert von den Zellenmitgliedern durchgeführt wird?

Man muß Schluß machen mit den Schwankungen und mit der Erfindung verschiedener Vorwände, die nur ein Hindernis bei der Ueberwindung der alten Traditionen und der in der Arbeit der Betriebszellen vorhandenen Schwierigkeiten sind. Die Parteileitungen und ihr Apparat müssen die Arbeit der Zellen in den Betrieben fördern, leiten und kontrollieren.

\* KI Nr. 18, Seite 879

## K. MALZEW: WAS LEHREN DIE NEUWAHLEN ZU DEN SOWJETS?

Die kürzlich zu Ende gegangene Kampagne zu den Sowjetwahlen war die zweite offene und breite Wahlkampagne, d. h. eine Kampagne, zu der alle wichtigsten sozialen Wählergruppen hinzugezogen wurden und in deren Verlauf die mit den Neuwahlen verbundene Arbeit auf den Prinzipien der breiten sowjetistischen (proletarischen) Demokratie aufgebaut war. Wie im Jahre 1926 standen auch die diesjährigen Wahlen im Zeichen der Belebun g der Sowjets. Der politische Sinn dieser Losung ist der, daß wir durch weitere Entwicklung der Selbstbetätigung der Sowjets, durch Hebung der Aktivität und der Organisiertheit des Proletariats, endlich durch Organisation der armen Bauernschichten unter der Leitung der Arbeiterklasse, die Hauptmasse des Bauerntums, d. h. die Mittelbauern, sicherer als bisher auf die Seite des Proletariats ziehen müssen. Die Politik der Belebun g der Sowjets ist ein Kampf gegen den Bürokratismus durch unmittelbare organisierte Beteiligung breiter Massen der Werktätigen an der Arbeit des Staatsapparats. Die Belebun g der Sowjets bedeutet eine Entwicklung der sowjetistischen proletarischen Demokratie im Lande auf dem Boden der Hebung der Organisiertheit des Proletariats, der Hebung seiner führenden Rolle gegenüber anderen sozialen Gruppen, der Festigung des Einflusses der KPSU.

Alle übrigen, im Verlauf der Wahlkampagne von der Partei aufgestellten Losungen, die mit der Industrialisierung des Landes, mit dem Sparsamkeitsregime, mit dem Kampf um die Herabsetzung der Preise usw. zusammenhängen, liefen in ihrer praktischen Durchführung auf die Belebun g der Sowjets hinaus. Ohne Belebun g der Sowjets, ohne breite Beteiligung der Massen an der sozialistischen Aufbauarbeit, die nur durch die Sowjets, oder nur unter ihrer Leitung geleistet werden kann, kann es auch keine Industrialisierung des Landes geben, keine Herabsetzung der Preise, keinen Ausbau des sowjetistischen Genossenschaftswesens.

Die Direktiven der Partei während der Wahlkampagne waren in der Hauptsache folgende:

- „1. Hebung der Aktivität breitester Massen der Werktätigen, vor allem der Arbeiterklasse, sowohl während der Wahlkampagne, als auch in der weiteren Arbeit der Sowjets, zur Festigung der proletarischen Diktatur, zur größeren Annäherung des Sowjetapparats an die Arbeiter- und Bauernmassen, zum Kampf gegen den Bürokratismus.
2. Heranziehung der Arbeiter- und Bauernmassen zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, zur sozialistischen Akkumulation und zur Industrialisierung des Landes.
3. Festigung des führenden Einflusses der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der einzigen Führerin der Arbeiter und Bauern, in den Sowjets.
4. Entschlossene Bekämpfung aller Versuche kulakischer oder anderer der Arbeiterklasse feindlicher Elemente, die Wahlen und die Zusammensetzung der Sowjets zu beeinflussen.
5. Festigung des Bündnisses der armen Bauern und der Landarbeiter mit den Mittelbauernmassen, Hebung des Einflusses der beiden ersten Kategorien in den Sowjets

zur gemeinsamen Abwehr des Kulakentums und zur weiteren Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft mit Hilfe der Sowjets und der Genossenschaft.

6. Die Sowjets haben im Laufe ihrer Arbeit die wirtschaftlichen und täglichen Lebensinteressen der Arbeiter und Bauern tiefer zu erfassen (Herabsetzung der Preise, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Linderung der Wohnungsnot, genossenschaftlicher Aufbau).“

In seinem Brief an die Parteiorganisationen über die Wahlen, wies das ZK der KPSU darauf hin, daß die kommende Wahlkampagne die wichtigste Schule zur politischen Erziehung der werktätigen Massen sowie die Hauptform für die Hinzuziehung der Arbeiter und Bauern zur sozialistischen Aufbauarbeit sein wird. Das ZK der Partei maß der Wahlkampagne größte politische Bedeutung bei und verwies darauf, daß die Wahlergebnisse für die Beurteilung der Festigkeit der einzelnen Organisationen sowie ihres Einflusses in den Massen der Werktätigen maßgebend sein werden.

Somit mußten — und wurden — die Neuwahlen zu den Sowjets eine Ueberprüfung der Politik der Partei, der Art und Weise ihrer Leitung des Landes und der sozialistischen Aufbauarbeit durch die breiten werktätigen Massen.

Was hat diese Nachprüfung ergeben?

Bis heute liegt eine vollständige und erschöpfende Statistik der Wahlkampagne noch nicht vor. Doch die der Zentralen Wahlkommission zur Verfügung stehenden und in der Presse veröffentlichten Zahlen berechtigen uns immerhin zu bestimmten Schlußfolgerungen, die für die Wahlen von 1927 besonders charakteristisch sind.

Es ist zu beachten, daß in der sowjetistischen Wahlkampagne zwei Hauptmomente in Frage kommen: erstens die Vorbereitung zu den Wahlen und die Berichte der Sowjets, zweitens die Wahlen selbst.

Die vorbereitende und Berichtskampagne bietet, nach offiziellen Mitteilungen und nach dem Presse-material, folgendes Bild. Die P a r t e i o r g a n i s a t i o n e n , von den Bezirksleitungen an und bis herunter zu den Dorfzellen, haben in der diesjährigen Wahlkampagne eine weit größere Energie an den Tag gelegt als im Vorjahre. Ueberall, doch leider nicht überall rechtzeitig, wurden die Resolutionen des Juli-Plenums und die Direktiven des ZK über die bevorstehenden Neuwahlen von der Mitgliedschaft und insbesondere von den Funktionären durchgearbeitet. Für die Berichtskampagne und für die Vorbereitungen der Neuwahlen wurden in den Städten Tausende von Genossen mobilisiert und als Hilfskräfte in die Dorfzellen ausgeschickt.

In einer ganzen Reihe von Parteiorganisationen wurden die damals stattfindenden Parteikonferenzen für die bessere Organisation der Wahlkampagne und für die bessere Instruierung der Ortsorganisationen ausgenutzt. In anderen Organisationen dagegen haben die Parteikonferenzen die Wahlkampagne nicht nur nicht gefördert, sondern im Gegenteil, geschwächt, da ihr im entscheidenden Augenblick zahlreiche Parteikräfte entzogen wurden. Auf diesen Umstand beruft sich eine Reihe von Organisationen der Ukraine, Weißrußlands, Nordkaukasiens usw.

Dort, wo die Parteiorganisationen zeitig und im ausgedehnten Maße mit den Wahlvorbereitungen begonnen, wo sie gleich vom Anfang an für feste Parteianleitung gesorgt haben, sehen wir auch eine breitere und aktivere Beteiligung anderer Organisationen — Gewerkschaften, Delegiertenversammlungen, KJV, Frauen usw. — an der Wahlkampagne. Der allgemeine Ein-

druck von der Beteiligung dieser Organisationen an den Sowjetwahlen ist, daß sie den diesjährigen Wahlen eine viel größere Aufmerksamkeit entgegenbrachten als sämtlichen bisherigen Wahlen. Jedoch trifft dies nicht für alle im gleichen Maße zu. Im ersten Stadium der Wahlkampagne waren es der KJV und die Frauendelegierten, die die größte Energie entfaltet haben. Dies wird z. B. durch die Tatsache bestätigt, daß die Beteiligung der KJV-Mitglieder und der Frauen an den Berichtsversammlungen diesmal eine viel größere war als bei den vorigen Wahlen.

Dort, wo der Organisation und Durchführung von Frauenversammlungen genügend Parteikräfte zugewendet werden konnten, sehen wir einen hohen Prozentsatz der Aktivität der Frauen, selbst wenn es sich um weit entlegene Dörfer oder um rückständige nationale Republiken handelt. Unter anderem sehen wir in diesem Jahre eine hohe Aktivität der Frauen des Ostens, so z. B. beteiligten sich an den Sowjetwahlen in Usbekistan rund 23 Prozent der weiblichen Bevölkerung, während die Beteiligung an bisherigen Wahlen 10 Prozent nicht überstieg. Dabei ist bezeichnend, daß die Frauen überall da, wo sie organisiert auftreten, die Zelle und die Armut unterstützen, für ihre Resolutionen und Kandidaten stimmen. Eine unbedeutende Wahlbeteiligung der Frauen war nur in Weißrußland und in der Ukraine zu bemerken, wo sie manchmal auf nur 3 Prozent der gesamten Wahlbeteiligung sank.

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Wahlkampagne war in ihrem ersten Stadium nur wenig fühlbar. Schwach war die Beteiligung der Gewerkschaften in kleinen Kreisstädten, wo auch das organisierte Proletariat numerisch schwach ist. In den großen Industriezentren dagegen, in Leningrad, Moskau, Nishni-Nowgorod, Charkow, war die Beteiligung der Gewerkschaften außerordentlich stark. Hier haben sie eine gewaltige Vorarbeit geleistet, wodurch der Prozentsatz der Beteiligung der Arbeiterwähler erhöht wurde.

Dagegen hört man nichts von der Beteiligung der Genossenschaften, der bäuerlichen Unterstützungsvereine und anderer öffentlicher Organisationen an der Berichtskampagne, abgesehen von einzelnen Fällen, wo die genossenschaftlichen Ortsorganisationen in ihren Verkaufsstellen Agitationsplakate anbrachten, oder ihre Waren in mit Wahllosungen bedrucktes Papier einwickelten. Viele öffentlichen Ortsorganisationen erklären ihre Passivität bei den Sowjetwahlen damit, daß sie eigentlich nicht recht wissen, worin ihre konkrete Unterstützung der Wahlen zum Ausdruck kommen kann.

Der Verlauf der Berichtskampagne ist nicht überall der gleiche. Mancherorts, z. B. in Tula, in den Arbeiterbezirken Wladimirs, in Leningrad und in Moskau kann man einen 90prozentigen Besuch der Arbeiterversammlungen und eine gewaltige Aktivität der Arbeiter feststellen. In einem Betrieb von Tula wurde der Tätigkeitsbericht des Sowjets an drei aufeinanderfolgenden Abenden erörtert. In anderen Städten, dort wo die Parteiorganisation energische Vorarbeiten geleistet hat, waren die Berichtsversammlungen von 70 bis 80 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung besucht.

Im Ural, im nördlichen Kaukasus, auch in manchen Städten Sibiriens (Omsk, Tomsk) dagegen, sehen wir eine andere Situation. Es sind nicht wenige Fälle bekannt, wo die Wahlversammlungen nicht stattfinden konnten, da sich nur eine kleine Anzahl von Wählern eingefunden hatte.

Selbst bei erneuter Anberaumung der Versammlungen betrug die Beteiligung höchstens 20—25 Prozent. Aus der Ukraine wird mitgeteilt, daß die durchschnittliche Beteiligung an den Berichtsversammlungen sich auf 26—30 Prozent belief. Das gleiche Bild wiederholt sich auch in Weißrußland und in einigen Kreisstädten der RSFSR, wo es keine Arbeiterbevölkerung gibt.

Jedoch ist die Teilnehmerzahl an den Berichtsversammlungen für die Höhe der Wahlbeteiligung keineswegs maßgebend. So z. B. wohnten in Weißrußland nur 30—35 Prozent der Wähler den Berichtsversammlungen bei, die Wahlbeteiligung war aber durchschnittlich 46 Prozent. Noch viel deutlicher sehen wir dies am Beispiel der Ukraine: dort betrug die Wahlbeteiligung weit über 50 Prozent.

Von größter Bedeutung für den Verlauf der Berichtskampagne war die Aufteilung der großen Wahlbezirke in mehrere kleinere. Von allen Seiten wird mitgeteilt, daß diese Maßnahme in hohem Grade zur Hebung der Aktivität der Wähler beigetragen hat, indem einer größeren Zahl der Wähler die Möglichkeit der Wahlbeteiligung geboten wurde. Von nicht geringerer Bedeutung nach dieser Richtung hin war auch die in diesem Jahre in die Praxis der Wahlkommissionen aufgenommene Zustellung der Wahl- einladungen ins Domizil der Wähler, insbesondere dann, wenn diese Zu- sendung rechtzeitig erfolgte und die Einladung selbst in der Muttersprache des Wählers ausgeschrieben war.

Jedoch muß zugegeben werden, daß in einer Reihe von Gegenden, ganz besonders auf dem Lande, die Berichtskampagne trotz einer Reihe organi- satorischer Maßnahmen einen mäßigen Verlauf genommen hat. Die Orts- organisationen führen dafür folgende Gründe an: 1. Verspätete Inangriff- nahme der Organisation der Berichtskampagne; 2. Ueberlastung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mit anderer Arbeit, gerade zu Beginn der Berichtskampagne; 3. nicht rechtzeitige Zustellung von Material sowie un- genügende Versorgung mit Referenten für die Berichterstattung über die Tätigkeit der Sowjets; 4. Mangel an Versammlungsräumen, besonders auf dem Lande; 5. die große Winterkälte, die im Ural, in Nordkaukasien und in der Ukraine 20—25 Grad unter Null erreichte; 6. Feiertage (Weihnachten nach dem alten Stil); 7. ungünstige Versammlungsstunde — gleich nach Arbeitsschluß für die Arbeiter, während der Mittagszeit für die Arbeiter- frauen; 8. nicht rechtzeitige Bekanntgabe der Versammlungszeit, des Ver- sammlungsortes usw.

Dort, wo die Berichtskampagne einen organisierten und guten Verlauf nahm, sehen wir eine außerordentliche Aktivität der Wähler bei der Er- örterung der Tätigkeitsberichte und bei der Erteilung von Direktiven an die zukünftigen Delegierten. Aus den Resolutionen zu den Tätigkeitsberichten und aus den ergänzenden Direktiven geht hervor, daß die Kritik rein sach- lich war und sich hauptsächlich mit den Mängeln unserer wirtschaftlichen und sowjetistischen Arbeit beschäftigte. Die meisten Ergänzungen zu den Direktiven, die von Bauern gemacht wurden, tragen ebenfalls wirtschaft- lichen Charakter und beziehen sich auf Bodenordnung, landwirtschaftliche Steuer, Wegebau, sanitäre Maßnahmen, Schulwesen usw. Städtische Wähler, insbesondere Arbeiter, stellen fast überall die Wohnungsfrage in den Vorder- grund.

Nach der uns vorläufig vorliegenden Statistik ist die Bilanz der Beteiligung der Bevölkerung an der Wahlkampagne folgende:

Auf dem Lande sehen wir eine unzweifelhafte Hebung der Aktivität aller ländlichen Bevölkerungsgruppen, trotzdem an manchen Orten im Vergleich mit dem Vorjahr die Wahlbeteiligung nur wenig gestiegen oder sogar zurückgegangen ist. Eine besonders große Aktivität hat, wiederum im Vergleich mit der letzten Kampagne, die *arme Bauernschaft* an den Tag gelegt. Bedauerlicherweise haben sich jedoch noch nicht alle Parteiorganisationen die Direktiven des ZK der Partei über die Organisation der armen Bauern genügend zu eigen gemacht. Als Beispiel können folgende Tatsachen dienen: Während in der Ukraine fast ausnahmslos in allen Dörfern vor dem Beginn der Berichtskampagne Versammlungen armer Bauern abgehalten wurden, fanden sie in Weißrußland nur in 50 Prozent der Dörfer statt. Die Zeitungen des Nordkavkasus, des Ural und des zentralen Industriegebiets bringen zahlreiche Notizen über die mangelhafte Organisation der armen Bauern in einer Reihe von Bezirken sowie darüber, daß die Zellen auch dieses Jahr ihre alten Fehler wiederholten. So wurden z. B. folgende Fälle mitgeteilt: 1. Es werden keine Versammlungen armer Bauern veranstaltet, sie werden nicht organisiert unter dem Vorwand, es gäbe im betreffenden Dorf keine Kulaken und aus der Befürchtung heraus, die Bauernmassen zu spalten. 2. Die Versammlungen armer Bauern werden in allgemeine Dorfversammlungen verwandelt, an denen sich auch Kulaken beteiligen. 3. Statt einer allgemeinen Versammlung wird nur eine Versammlung des Aktivs der armen Bauernschaft veranstaltet. 4. Die Führung der armen Bauern wird den bäuerlichen Unterstützungsorganisationen übertragen, die allgemeinen Versammlungen armer Bauern werden durch die Dorfbehörden einberufen usw.

Trotz dieser Mängel aber, und auf Grund des uns vorliegenden Zahlenmaterials ist man zu der Behauptung berechtigt, daß die armen Bauern diesmal sich viel aktiver und organisierter an den Wahlen beteiligt haben als im Vorjahr. Das beweisen folgende Tatsachen: Im Gouvernement Pskow haben bei den vorjährigen Sowjetwahlen 585 Versammlungen der Dorfarmut stattgefunden. In diesem Jahre, nach einer unvollständigen Statistik — 1360. Im Kreis Schtschedrinsk 319 Versammlungen statt 80. Diese Versammlungen waren durchschnittlich von 50—60 Prozent der armen Bauern besucht. In einer ganzen Reihe Dorfsowjets besteht die Mehrheit aus armen Bauern. So z. B. wurden in Sibirien laut einer Statistik von 2100 Dorfsowjets 46 Prozent armer Bauern und 40 Prozent Mittelbauern gewählt. Ähnliches wird aus der Ukraine und einigen Gouvernements der RSFSR gemeldet.

Es fehlt jegliches Zahlenmaterial über die Wahlbeteiligung der *Landarbeiter*. Aus einzelnen Zeitungsnotizen und Mitteilungen von Landkorrespondenten geht hervor, daß unter der Landarbeiterschaft eine nur geringe Arbeit geleistet wurde. Die Tatsache allein, daß die Landarbeiter in den neuen Sowjets mancher ukrainischen Bezirke nur 2—3 Prozent der Gesamtmitgliederzahl bilden, zeugt von einer mangelhaften Arbeit unter der Landarbeiterschaft und von der Unterschätzung der Landarbeiter als einer Kraft, auf die sich das Proletariat und unsere Partei auf dem Lande in erster Linie zu stützen hat.

Die Hauptfigur bei den Neuwahlen war zweifellos der Mittelbauer. Eine Eigentümlichkeit der diesjährigen Wahlen war die Festigung des Blocks der armen und der Mittelbauern, hauptsächlich durch die größere Beteiligung der armen Bauern unter der Führung der Partei. Jedoch ist aus der Ukraine, aus der RSFSR, aus Sibirien usw. eine Reihe von Tatsachen bekannt, wo die armen Bauern die Mittelbauern von ihren Versammlungen ausschlossen, die Kandidatenlisten zusammenstellten, ohne sich mit den Mittelbauern zu verständigen usw. Dagegen wurde die Aktivität der Mittelbauern bei den Wahlen herabgedrückt, oder sie wurden den Kulaken in die Arme getrieben. Die übergeordneten Parteiorganisationen machten rechtzeitig auf diese Fehler aufmerksam und ergriffen die erforderlichen Maßnahmen, um sie im weiteren Verlauf der Kampagne wieder gut zu machen.

Wie auch nicht anders zu erwarten war, bot die diesjährige Wahlkampagne auf dem Lande den Anlaß zu einem erbitterten K l a s s e n k a m p f zwischen den Landarbeitern, den armen und Mittelbauern einerseits und den Kulaken andererseits. Die Aktivität der K u l a k e n machte sich lange vor dem Beginn der Berichtskampagne bemerkbar. Mancherorts hielt das Kulakentum vor der Berichtskampagne eigene illegale Versammlungen ab, wo die allgemeine Taktik der Kulaken während der Wahlen und geeignete Kandidaten zum Sowjet erwogen wurden. Sowie die Versammlungen der Dorfarmut einsetzten, erhoben die Kulaken großes Geschrei, beklagten sich darüber, daß die Kommunisten die Bauernschaft spalten, daß sie die „wirtschaftsfesten“ Bauern, als die sie sich betrachten, nicht ruhig leben und arbeiten lassen. Besonders unzufrieden waren die Kulaken mit der Forderung strenger Beachtung der Wahlinstruktionen, wodurch eine Zunahme der Zahl derjenigen zu erwarten war, die des Wahlrechts verlustig gegangen sind. In der Ukraine, im Kubangebiet, in Sibirien ist es mehrfach vorgekommen, daß Kulaken, denen das Wahlrecht entzogen wurde, ihre Knechte demonstrativ entließen und erklärten: „Wenn wir nicht als vollberechtigte Bürger gelten, weil wir Euch Euer Brot geben, so macht, daß Ihr wegkommt, mag Euch die Sowjetmacht ernähren!“ (Kreis Kuban, Bezirk Pawlowsk.)

Im allgemeinen war zu sehen, daß die Kulaken diesmal schlauer sind und nur im äußersten Notfall mit offenem Visier auftreten. Fast überall ist der Kulak in den Berichtsversammlungen anwesend, äußert sich aber nur in den seltensten Fällen kritisch über die Arbeit der Sowjets und beschränkt sich auf heimtückische, reaktionäre Fragen an den Referenten. Bei der Erörterung der Kandidaturen sind sie bestrebt, die von der Gegenpartei, d. h. der Zelle und den armen Bauern, vorgeschlagenen Kandidaten anzuschwärzen, und weisen darauf hin, daß „in die Sowjets ältere Leute mit gutem Hof und guter Wirtschaft, aber nicht nichtsnutzige Jungens gewählt werden müssen“. In großem Umfang werden von den Kulaken vor den Wahlen Saufgelage für die schwächeren Klein- und Mittelbauern veranstaltet, mit der Berechnung, daß diese dann für Kandidaten stimmen werden, die den Kulaken genehm sind. Mancherorts veranstalten die Kulaken zu diesem Zwecke Festlichkeiten, ohne große Geldausgaben zu scheuen, wie in alten Zeiten! (Sibirien, Nordkaukasien, Gouvernement Orel usw.).

Dort, wo die Kulaken einsehen, daß die Aussichten für ihren Sieg gering sind, sind sie bestrebt, unter diesem oder jenem Vorwand die Versammlung zu sprengen und scheuen z. B. nicht davor zurück, falschen Alarm zu schla-

gen, indem sie die Feuerglocken ertönen lassen. In den meisten Fällen sind sie aber bestrebt, auf friedlichem Wege die Versammlung zu vereiteln: sie erklären z. B., die Beteiligung sei zu gering und die Versammlung daher nicht beschlußfähig, oder aber sie behaupten, es wären bei der Einberufung der Versammlung die gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten worden usw.

Am aktivsten traten aber in diesem Jahre, im Namen aller mit der Politik der KP und der Sowjetmacht unzufriedenen Elemente, die sogenannten „Wahlentrechteten“ auf, d. h. diejenigen, denen in diesem Jahre das erste Mal das Wahlrecht entzogen wurde. Die Gesamtzahl dieser Wahlentrechteten läßt sich vorläufig noch nicht feststellen, aber sicherlich sind es mehrere Hunderttausende. Es gehören dazu Personen, deren Wirtschaft nicht auf persönlicher Arbeit begründet ist, ehemalige Kaufleute, Polizeibeamte, Geistliche usw. In einer Reihe von Städten wurden von den Wahlkommissionen, zwecks besserer Feststellung dieser Kategorien, Hunderte von Betriebsarbeitern hinzugezogen, die von Haus zu Haus gingen, um über die Beschäftigungsart, die Vergangenheit usw. der Einwohner Klarheit zu schaffen. Im Resultat einer solchen Arbeit beträgt die Zahl der „Wahlentrechteten“ das Vier- bis Sechsfache im Vergleich zum Vorjahre (Ukraine, Woronesch, Saratow, Balaschow u. a.).

Im allgemeinen beträgt aber die Zahl der Wahlentrechteten 4—5 Prozent der gesamten Wähler, d. h. sie ist unter unseren Verhältnissen als eine durchaus normale und eine die Masse der armen und Mittelbauern nicht bedrohende Zahl zu bezeichnen.

Die Zahl der K o m m u n i s t e n u n d e r K J V - M i t g l i e d e r in den Dorfsowjets ist gewachsen. Bei den vorigen Wahlen bildeten sie 9,9 Prozent und bei den diesjährigen etwa 13 Prozent. In Anbetracht dessen, daß die diesjährigen Wahlen auf der Grundlage einer breiten sowjetistischen Demokratie stattgefunden haben, zeugt die Zunahme der Zahl der Kommunisten in den Dorfsowjets von dem V e r t r a u e n, das von den Bauernmassen unserer Partei entgegengebracht wird, sowie von der H e b u n g der Autorität der Ortsorganisationen der Partei und von ihrer A k t i v i t ä t.

Die Wahlen zu den s t ä d t i s c h e n Sowjets brachten eine noch g r ö ß e r e A k t i v i t ä t der Wähler. Wie nicht anders zu erwarten war, legten die Betriebsarbeiter die größte Aktivität und Organisiertheit an den Tag. Die Wahlbeteiligung der Arbeiter in Moskau und Leningrad, in Nishni-Nowgorod, Tula usw. erreicht eine Maximalziffer von 90—95 Prozent. Im Durchschnitt von 112 Stadtsowjets haben wir folgende Zahlen: die Aktivität der Wähler der Industriestädte ist von 50,1 Prozent (1926) auf 52,2 Prozent (1927) gestiegen. In nichtindustriellen Städten von 48,8 Prozent auf 51,1 Prozent. Die Zusammensetzung der neuen Sowjets ist in höherem Maße proletarisch als bisher. Im Jahre 1926 bildeten die Arbeiter in Industriestädten 40,1 Prozent der Sowjetmitglieder, in diesem Jahr bereits 49,6 Prozent. Entsprechend ist die Zahl der Angestellten zurückgegangen — statt 39,7 Prozent im Jahre 1926 machen heute die Angestellten nur 31,2 Prozent der neuen Sowjets aus.

N e u e Schichten der Arbeiterklasse sind in die Sowjets hineingezogen. So z. B. wurden 82,9 Prozent der Sowjetmitglieder zum erstenmal in die Sowjets gewählt (in Leningrad). Die Zahl der Kommunisten in den städtischen Sowjets ist von 43,9 auf 49,8 Prozent gestiegen. So sehen wir, laut der vor-

läufigen Wahlstatistik der städtischen Sowjets, ein bedeutendes Erstarcken des Einflusses des Hauptkerns der Arbeiterklasse, d. h. der Industriearbeiter in den Sowjets und zugleich auch ein Erstarcken der führenden Rolle unserer Partei in diesen Sowjets.

Nicht unbeachtet darf die Tatsache bleiben, daß die Frauen sich diesmal bedeutend aktiver als im Vorjahr an der Wahlkampagne beteiligt haben. In den Städten ist die Hebung der Aktivität der Frauen größer als die Zunahme der Aktivität der männlichen Bevölkerung.

In der Tat: bei den vorjährigen Wahlen zu den Stadtsowjets der RSFSR machten die Frauen 40,7 Prozent der Wähler aus, in diesem Jahre 49,5 Prozent, das ist ein Mehr von fast 9 Prozent, während die Aktivität der Männer nur um 7 Prozent zugenommen hat. Doch darf unsere weitere Arbeit zur Hineinziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen ins öffentliche Leben und in die sozialistische Aufbauarbeit durch diese Hebung der Aktivität der Frauen bei den Wahlen auf keinen Fall eine Abschwächung erfahren.

Die allgemeinen Schlußfolgerungen, die aus dem mitgeteilten Zahlenmaterial gezogen werden können, sind: auf dem Boden einer zunehmenden Aktivität aller Schichten der städtischen und ländlichen Bevölkerung erstarkt der Einfluß des proletarischen Kerns in den Sowjets und damit auch die führende Rolle der Kommunistischen Partei. Auf dem Lande ist die politische Aktivität der armen Bauern gestiegen, und ihr Zusammenschluß um die Partei ist enger denn je. Trotz der Fehler, die während der Wahlen in bezug auf die Mittelbauern von einzelnen Organisationen begangen wurden, sehen wir im allgemeinen eine zweifellose Festigung des Blocks zwischen armen und Mittelbauern. Neue Kaders von Arbeitern und Bauern aus den Tiefen der Betriebe und Dörfer sind zur Regierungsführung des Landes und zur sozialistischen Aufbauarbeit herangezogen worden. Die Massenüberprüfung der Politik der Partei, das sind die Sowjetwahlen, hat gezeigt, daß breiteste Massen der Werktätigen der Partei vertrauen und danach streben, unter ihrer Führung am sozialistischen Aufbau weiterzuarbeiten.

## HANS GÜNTHER: ZEITSCHRIFTENSCHAU\*

In Nummer 13 der „Kommunistischen Internationale“ besprachen wir die „Arbeit“. Das „Gewerkschafts-Archiv“ ist mit der „Arbeit“ sehr verwandt. Es hat aber seine besondere Note dadurch, daß es in einem gewissen Sinn oppositionell ist. Zunächst ist das „Gewerkschafts-Archiv“ eine inoffizielle Zeitschrift, die von gewissen „linken“ Gewerkschaftlern gern benützt wird und im Gegensatz zur „Arbeit“ unter den mittleren Gewerkschaftsfunktionären ziemlich stark Verbreitung findet. Der oppositionelle Charakter der Zeitschrift besteht darin, daß sie unentwegt für Industrieverbände eintritt, was ja in einem großen Teil der deutschen Gewerkschaften ein fast todeswürdiges Verbrechen ist.

Neben diesem dauernden Eintreten für die Industrieverbände hat die Zeitschrift noch ein zweites Steckenpferd, das ihr Herausgeber unentwegt mit dem Mute eines Kretins reitet: es ist die „Wirtschaftsdemokratie“. Uebrigens nicht uninteressant, daß gegenüber der bedingungslosen Arbeitsgemeinschaftspolitik der Leipart und Konsorten die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie noch einen gewissen linken Anstrich hat.

\* „Gewerkschaftsarchiv“, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena, Heft 1—4. 192 Seiten.

Zum Ueberdruß wird in jeder Nummer wiederholt, daß die Gewerkschaften heute „zu wirklichen Repräsentanten nicht mehr der Arbeiter allein, sondern des Wirtschaftsfaktors Arbeit geworden sind“. (S. 1.) In diesem Sinne ist besonders der Uebersichtsartikel von Karl Zwing über die Gewerkschaften im Jahre 1926 geschrieben. U. a. fordert er in diesem Artikel die Teilnahme der Arbeiter mit ihren Ersparnissen an dem Kampf zwischen Industrie- und Bankkapital. Er sagt:

„Im Finanzkapital aktiv einzugreifen, dazu sind die Gewerkschaften aber noch zu ohnmächtig, da sie es bis jetzt erst unvollständig verstanden haben, die Sparkraft der Arbeiterschaft zu erfassen, um von dieser Seite her die Gesamtwirtschaft im Sinne der Gewerkschaften zu beeinflussen.“

Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie durchzieht auch die meisten informatorischen Artikel, wie z. B. die materialreichen Artikel des Wirtschaftlers des Metallarbeiterverbandes Fritz König über die Vertrustung in Deutschland in Heft 1 und 4. König betont auch in beiden Artikeln die Notwendigkeit, aus dem Zusammenschluß der Industrie zum Zusammenschluß der Gewerkschaften in Industrieverbänden zu gelangen. Besonders kennzeichnend dafür, wie die Ideologen der Wirtschaftsdemokratie immer wieder als die wahren Verteidiger des Staates und der Gesellschaft auftreten, ist der Artikel von Noerpel über die Durchsetzung des Arbeitsrechtes, wo er als wackerer Verteidiger der Wirtschaftsdemokratie die gelehrten Hausknechte der Unternehmer wegen ihres Eintretens für die „Autokratie“ der Unternehmer abkanzelt.

Die Betriebsräte als Organe der Wirtschaftsdemokratie im Kapitalismus behandelt ein Artikel in Nummer 1: „Vom Rätegedanken zur Rätegesetzgebung“, der die Schaffung paritätischer Wirtschaftskammern als Interessenvertretung der verschiedenen wirtschaftlich tätigen Gruppen als Basis für den Reichswirtschaftsrat fordert. Aus der „Verankerung des Räteystems“ der Weimarer Verfassung soll also ein ganzer Mechanismus von paritätischen Vertretungen werden, die mehr und mehr an der Leitung der Wirtschaft teilhaben sollen.

Eine besondere theoretische Blüte in diesem Zusammenhang ist der Artikel „Gewerkschaftssozialismus“ in Nr. 2. Da entdeckt einer, daß die Arbeiter mit der Demokratie nicht zufrieden sind. Er schreibt:

„Die 1918 errungene politische Demokratie hat nun aber an der Fron und Ausbeutung der Arbeiterklasse noch nicht viel geändert. Der Gegensatz zwischen Reich und Arm ist noch erbitterter geworden. Die indifferente Masse hält deshalb alles Politische für großen Bluff und Schwindel. Sie sieht nämlich nicht, daß der wirtschaftliche Unterbau derselbe ist wie vor dem Novemberkulissenwechsel. Die organisierte Arbeiterschaft, etwas weitschauender als die stumpfen Indifferenten, schreit als Reaktion darauf nach wirtschaftlicher Demokratie und Produktionsdemokratie.“

Der ganz Gescheite entdeckt etwas Neues, nämlich den Gewerkschaftssozialismus, dessen Weisheit ungefähr in folgendem besteht:

„Die Fabriken besitzen soll ruhig der demokratische Staat. Ihn abzuschaffen, daran können wir vorläufig noch gar nicht denken. Aber seine Befugnisse werden von einem ganzen System von autonomen demokratischen Selbstverwaltungskörpern ökonomischer Art sehr eingeschränkt werden.“

Mittel dazu sollen die Industrieverbände sein und eine „bessere, weniger egoistische“ Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder. Das Ganze ist aber ein Gewerkschaftssozialismus, der im Gegensatz zu dem Sozialismus der anderen Parteien stehen soll, also ein Sozialismus jener Gewerkschaften, die der Artikel sehr richtig als heute beherrscht von egoistischen und kleinlichen Bürokraten darstellt.

Für die wirtschaftstheoretische Seite hat sich die Zeitschrift den Austromarxisten Adolf Braunthal verschrieben, der als Lehrer für Wirtschaftswissenschaften an der Arbeiterhochschule in Tinz wirkt. Er behandelt in Nr. 2 die Produktions- und Organisationsumwälzungen, d. h. die Rationalisierung der deutschen Industrie, von einem ziemlich optimistischen Standpunkt aus. Braunthal ist, wie viele andere, von dem technischen Fortschritt so hingerissen, daß er, trotzdem er die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter klar erkennt, doch auf eine baldige Rückwirkung der Konjunktur auf die Arbeiter hofft.

In einem Artikel in Nr. 3 über die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland kritisiert er die Broschüre des sächsischen linkssozialdemokratischen Gewerkschaftsjournalisten Johannes Kretzen: „Die freien Gewerkschaften in der großen Krise“ und sagt dort gegen Kretzen, der für die passive Taktik der Gewerkschaften die Führer verantwortlich macht:

„Kretzen macht die Taktik der Gewerkschaften stark mitverantwortlich. Seine Forderungen gipfeln darin, den Schwerpunkt von oben, von den zentralen Verhandlungen mit Regierung und Parlament wieder nach unten, in die Aktionen der Massen zu verlegen. Prinzipiell sind diese Forderungen sicherlich berechtigt; denn die Kraft der Gewerkschaften ruht viel mehr in der Masse, im Betrieb, als in Regierungspositionen und parlamentarischen Konstellationen. Aber man darf nicht übersehen, daß Massenaktionen nur dann in Frage kommen, wenn die Massen genügend aktiv, kampffähig und kampffreudig sind. . . . Es liegt uns nichts ferner, als alle Gewerkschaftsführer für unfehlbar zu halten. Aber wenn man schon von Schuld und Verantwortung sprechen will, so muß viel mehr als auf die Politik der Führer auf die Unaktivität der Massen hingewiesen werden.“

Dieser ehrwürdigen austromarxistischen Melodie sind auch die Perspektiven angepaßt: Braunthal hält Lohnkämpfe für unmöglich und empfiehlt zunächst ein Zuredesystem zur Beseitigung der Ueberstundenschinderei durch die Arbeiter, ohne zu sehen, daß heute das Arbeitszeitproblem ohne das Lohnproblem einfach nicht gestellt werden kann.

Eine besondere Seite der letzten Nummern der Zeitschrift ist die Behandlung der Fragen der gewerkschaftlichen Agitation und Erziehungsarbeit. Dies steht in engem Zusammenhang mit jenen bürgerlichen Bestrebungen, die man mit dem Schlagwort des „Kampfes um die Seele des Arbeiters“ bezeichnet. Ist doch die deutsche Industrie seit einiger Zeit daran gegangen, eine spezielle große Organisation zur Bearbeitung der Arbeiter durch die Unternehmer zu schaffen. Das deutsche Institut für technische Arbeitsschulung, DINTA genannt, ist die Zentralstelle dieser Bestrebungen. Die Dinta hat überall gelernt und scheut sogar davor nicht zurück, bolschewistische Erfahrungen anzuwenden. Wenn wir hören, daß unter der Redaktion dieses Instituts heute 52 Betriebszeitungen in einer Auflage von 330 000 Exemplaren erscheinen, daß weiße Betriebszellen gebildet, Werksportvereine organisiert werden usw., so kann man sich vorstellen, wie wesentlich diese Organisation bereits wird.

Und angesichts der Tatsache, daß die Unternehmer mit den modernsten Mitteln der Propaganda und Massenbeeinflussung arbeiten, wird es für die Gewerkschaften immer dringender, ihre aus Großvaterszeiten stammenden handwerksmäßigen Agitationsmethoden zu modernisieren. Das ist der Sinn der Diskussion über die Gewerkschaftspresse, die in Heft 2 und 3 fortgesetzt wird. Dabei ist charakteristisch, daß der Redakteur Dr. Kurt Wilden von der deutschen Werkmeisterzeitung in Nr. 2 die Organisierung von Arbeiterkorrespondenten nach dem Muster der russischen Zeitungen vorschlägt. Der Artikel in Heft 3 betont den Wunsch nach Unterhaltungsbeilagen in der Gewerkschaftspresse.

Auf der gleichen Linie der Modernisierung der Propagandamethoden liegt der Artikel von Julius Fries, dem Anreger der Pressedebatte, über neue Wege der gewerkschaftlichen Propaganda.

Was er vorschlägt, ist die Ausnützung von Radio und Kino. Besonderen Nachdruck legt er auf die Schaffung einer Arbeiterfilmreportage. Seine Anregungen, die nicht nur die Mängel gerade der gewerkschaftlichen Propaganda, sondern die Mängel der Agitationsmethoden der westeuropäischen Arbeiterbewegung überhaupt behandeln, sind durchaus lesenswert. Ein weiterer Artikel von Fries in Heft 4 behandelt das Thema „Sport und Gewerkschaften“ und fordert energischen Kampf gegen die Werksportbewegung, deren Gefahren bis jetzt noch unterschätzt werden.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß zwei Artikel sich mit internationalen Fragen befassen. Der eine, von Eduard Weckerle, in Heft 3 über die sozialen Zustände in Niederländisch-Indien kritisiert vom „lieben“ sozialdemokratischen Standpunkt aus die Taktik der holländischen Regierung gegenüber der Befreiungsbewegung in Niederländisch-Indien und auch die weißen Gewerkschaften Indonesiens, die sich planmäßig und systematisch von den farbigen Gewerkschaften abschließen.

Ein besonderes Kapitel ist der Artikel über das Genossenschaftswesen in Sowjetrußland des Menschewiken Paul Olberg. Dieser Artikel kritisiert die Mängel des russischen Genossenschaftswesens. Hören wir seine Schlußfolgerung:

„Eine ausgesprochene Genossenschaftspolitik unter öffentlicher Kontrolle und die Ausschaltung des bürokratischen-staatlichen Einflusses sind für die russischen Genossenschaften ein Gebot der Stunde.“

Mit der Stunde scheint es aber die Redaktion oder der Verfasser nicht so genau genommen zu haben, da der Artikel ausschließlich die Ziffern bis in die zweite Hälfte 1925 veröffentlicht und offenbar Anfang 1926 geschrieben ist. Die letzten statistischen Daten im Artikel stammen aus der sowjetamtlichen Zeitschrift „Oekonomitscheskoje Obosrenje“ Nr. 1 von 1926! Die Redaktion hütet sich selbstverständlich, auch nur mit einem Wort darauf hinzuweisen, daß dieser Artikel — abgesehen von seiner durchaus tendenziösen Aufmachung — jammervoll veraltet ist. Wir führen ihn nur an, um damit die Art der „objektiven“ Rußlandinformationen der „Wissenschaftler“ wie Olberg zu charakterisieren.

S. P.:

## KONZERNE, INTERESSENGEMEINSCHAFTEN UND ÄHNLICHE ZUSAMMENSCHLÜSSE IM DEUTSCHEN REICHE ENDE 1926\*

Obwohl es viele partielle Untersuchungen über die Konzentration der deutschen Industrie gibt, hat bis jetzt keine von ihnen alle Gebiete der Volkswirtschaft so lückenlos und so eingehend behandelt, wie die genannte Publikation des Statistischen Amts. Dieses Werk schildert die Verquickung der Aktiengesellschaften, indem es alle Unternehmungen aufzählt, an denen die eine oder andere Aktiengesellschaft beteiligt ist. Auch wird der Grad der Beteiligung festgestellt. Gleichzeitig bringt die Publikation eine gedrängte Charakteristik der Veränderung, die der Konzentrationsprozeß in Deutschland nach dem Kriege durchgemacht hat. Fügt man dem hinzu, daß auch die Beteiligung an ausländischen Unternehmungen behandelt, ein genaues Verzeichnis aller erwähnten Gesellschaften und eine ausführliche Bibliographie über die betreffende Frage geboten wird, so wird der Wert dieser Publikation klar. Es muß allerdings festgestellt werden, daß die Konzentration des Kapitals nur nach einem Merkmal behandelt wird, nämlich nach der Beteiligung am Aktienkapital anderer Gesellschaften. Sonstige Momente, die die Verbindung zwischen den Gesellschaften kennzeichnen, wie z. B. die Beteiligung am Aufsichtsrat und regelmäßige Kreditierung bestimmter Gesellschaften, werden nicht berücksichtigt. Darum ist auch das Ergebnis bei weitem nicht vollständig. Es wird z. B. die Beteiligung der deutschen Banken nur an anderen Banken behandelt, nicht aber die Beteiligung an industriellen Unternehmen. Dabei ist es doch kein Geheimnis, daß die Verbindung zwischen Industrie und Banken in Deutschland sehr eng ist. Ferner darf man, wenn man ein möglichst deutliches Bild der Konzentration erhalten will, sich nicht lediglich auf die in dem Werk behandelte Verknüpfung einzelner Gesellschaften beschränken. Man muß diese Verbindung auch weiter verfolgen, d. h. man muß feststellen, mit wem auch diese Gesellschaften ihrerseits liiert sind usw. Nur dann wird die Interessenverquickung zwischen den einzelnen Gesellschaften sowie die ungeheure Macht klar zutage treten, die die wenigen Konzerne über das Wirtschaftsleben des Landes erlangt haben.

Aber auch aus diesen unvollständigen Angaben, die hier veröffentlicht werden, ergibt sich ein erstaunliches Bild der äußersten Konzentration der deutschen Unternehmen. Wir erfahren, daß von den 20,35 Milliarden Aktienkapital 13,24 Milliarden, d. h. 65 Prozent des gesamten Aktienkapitals von den Konzernen erfaßt worden sind, daß in den ausschlaggebenden Wirtschaftszweigen diese Konzentration bedeutend weiter vorgeschritten ist und im Bergbau 92,9 Prozent beträgt, in der Montanindustrie 98 Prozent, in der chemischen Industrie 82,7 Prozent und in der Farbindustrie gar 96,3 Prozent. Im allgemeinen sind durch den Prozeß der Konzentration in der Produktion der Grundstoffe 88,5 Prozent zusammengefaßt worden, in der bearbeitenden Industrie 56,5 Prozent, im Handel 59 Prozent (im Bankwesen 73,8 Prozent), im Transport 76,9 Prozent, im Ueberseeverkehr 80,9 Prozent.

Es sei noch erwähnt, daß deutsche Aktiengesellschaften an 495 Gesellschaften beteiligt sind, die im Auslande arbeiten. Leider fehlen Gesamtangaben über die Höhe des in diesen Gesellschaften investierten Kapitals. Jedenfalls zeigt allein schon die Zahl 495, daß das deutsche Kapital seine Fühler über die ganze kapitalistische Welt ausgestreckt hat.

\* Zusammengestellt vom Statistischen Amt. Berlin 1927. Verlag Reimar Hobbing, 282 Seiten Großformat, Preis M. 7,50.